



Hauptausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

18. April 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 12:28 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkt:

Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7198

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7198

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Klaus Vossemer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 25. Sitzung des Hauptausschusses des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Zuschauerinnen und Zuschauern, den Vertreterinnen und Vertretern der Medien sowie insbesondere den Sachverständigen für unsere heutige Anhörung. Schön, dass Sie erschienen sind bzw. per Videozuschaltung mitdiskutieren.

Ich danke den Sachverständigen für ihre vorab eingereichten schriftlichen Stellungnahmen sehr herzlich. Wir hatten Ihnen auch einen Fragenkatalog zukommen lassen. Darauf haben Sie Bezug genommen. Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten werden darauf sicher nachfragend zurückkommen.

Im Hauptausschuss haben wir folgendes Verfahren vereinbart. Die Kolleginnen und Kollegen wenden sich mit Fragen unmittelbar an Sie, wobei das, was Ihnen besonders wichtig erscheint, im Rahmen der Beantwortung der Fragen zusätzlich einfließen kann. Fühlen Sie sich bei der Beantwortung der Fragen also entsprechend frei.

Sven Wolf (SPD): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal einen herzlichen Dank den Sachverständigen für die schriftlichen Stellungnahmen, die Sie uns bereits zur Verfügung gestellt haben, sowie dafür, dass Sie heute da sind, um Nachfragen zu beantworten und in eine konstruktive Diskussion einzusteigen. Uns alle treibt an, hier Ideen zu sammeln, um die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung noch unabhängiger und noch besser zu machen.

Meine erste Frage richtet sich insbesondere an Frau Thelen aus Baden-Württemberg. Auch die anderen Sachverständigen dürfen aber gerne darauf eingehen. Wir sprechen immer wieder sowohl über personelle als auch über finanzielle Ressourcen. Ich weiß, dass die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg diesbezüglich sehr gut aufgestellt ist. Wie hilfreich ist Ihnen die Konstruktion „Stiftung“ in Ihrer Arbeit? Damit sind Sie schließlich zum Teil nicht abhängig von der jeweiligen Haushaltsberatung sowohl des Landtags als auch der entsprechenden Koalitionsfraktionen. Können Sie einen Unterschied zu früheren Konstruktionen erkennen? In Nordrhein-Westfalen sieht die Konstruktion so aus, dass die Landeszentrale für politische Bildung Referat in einem Ministerium ist und damit durch die Hausspitze auch mit klassischen Aufgaben, die in einem Ministerium anfallen – also etwa Kabinettsvorlagen und die Beantwortung Kleiner Anfragen –, beauftragt wird und so Ressourcen gebunden werden.

Der zweite Aspekt ist Kommunikation. Die Frage richte ich an alle Sachverständigen. In Gesprächen mit anderen Bundesländern habe ich es immer so erlebt, dass die Landeszentrale für politische Bildung eigenständig kommunizieren muss. Es gibt da unter-

schiedliche Modelle. Ich wünsche eine Einschätzung durch die Praktiker, wie wichtig diese Kommunikation, dieses direkte Zugehen auf die Akteure auch im politischen Raum ist.

Die dritte Frage bezieht sich eher auf die rechtliche Ausgestaltung. Es gibt eine Bandbreite, wie man Landeszentralen aufstellen kann. Mir persönlich ist sehr wichtig, dass man auch die Gruppen in der Bevölkerung, die vielleicht etwas ferner sind, durch aufsuchende politische Bildungsarbeit erreicht. Ich weiß, dass es in Bremen Modelle dazu gibt, und habe gelesen, dass es in Baden-Württemberg aufgrund der Größe des Bundeslands regionale Standorte gibt, die für die Menschen ansprechbar sind. Da gibt es immer wieder die rechtliche Frage – wenn man den Beutelsbacher Konsens nicht im Kopf hat –, wie weit Werbung zum Beispiel im Vorfeld von Wahlen rechtlich gesehen eine Aufklärung darstellen, um zum Beispiel die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Selbst in Bremen gibt es diese rechtliche Diskussion, obwohl die Landeszentrale in Bremen eine unabhängige Einrichtung ist. Die schlussfolgernde Frage lautet: Würde sich das daraus erst recht für Nordrhein-Westfalen ergeben, wo die Landeszentrale ja im Strang des Ministeriums angesiedelt ist?

Daniel Hagemeier (CDU): Auch im Namen der CDU-Fraktion vielen Dank an die Sachverständigen für ihre Stellungnahmen. In der ersten Fragerunde habe ich drei Fragen.

Die ersten beiden Fragen richten sich an Herrn Professor Goll. In der Bundesrepublik gibt es verschiedene Modelle, die teilweise in den Stellungnahmen thematisiert wurden: in der Exekutive, beim Landtag verankert. Welche Vor- und Nachteile sehen Sie in den unterschiedlichen Modellen?

Die zweite Frage: Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Kriterien für eine unabhängige Landeszentrale?

Die dritte Frage richtet sich an Frau Sokolowsky. Sie unterstützen die geplante Einrichtung eines unabhängigen Beirats für die Landeszentrale. Welchen Mehrwert für die politische Bildung erhoffen Sie sich davon?

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank auch seitens der FDP-Fraktion an die Sachverständigen für die bisherigen schriftlichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute für Nachfragen zur Verfügung stehen.

Ich beginne mit einer Frage, die ich an alle Sachverständigen richte. Es geht mir darum, dass beispielsweise in der Stellungnahme der Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung zum 16. Kinder- und Jugendbericht von Februar 2021 festgestellt wurde, dass von grundlegender Bedeutung und Tragweite die Feststellung ist, dass politische Bildung mehr ist als Extremismusprävention. Wieso ersetzt Extremismusprävention nicht die politische Bildung und Demokratiebildung? Was sind die unterschiedlichen methodischen Ansätze?

Die zweite Frage bezieht sich darauf, wie sich die Landeszentrale für politische Bildung seit der Regierungsübernahme entwickelt hat. Die erste Frage zu diesem Themenkomplex wird vermutlich insbesondere Frau Springenberg-Eich beantworten können.

Gerne können aber auch alle anderen, die da einen Einblick haben, darauf eingehen. Wie wirkt sich die Reduzierung der Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung insbesondere im Titel 684 21 – das sind die sonstigen Zuschüsse für die Landeszentrale für politische Bildung, die 2023 um 440.000 Euro und 2024 noch einmal um 860.000 gesunken sind – auf die Arbeit der Landeszentrale aus, und wie bewerten Sie das? Wie bewerten Sie insbesondere, dass aufgrund eines Haushaltsvermerks noch Mittel aus diesem Titel für die Extremismusprävention verwendet werden können?

Außerdem frage ich, inwieweit es Auswirkungen auf die Landeszentrale dadurch gibt, dass die Förderung der Weiterbildungseinrichtungen der politischen Bildung von der Landeszentrale auf die Bezirksregierung übertragen worden ist. Außerdem wurden auch aus dem Bundesprogrammen „Demokratie leben!“ unterstützte Projekte aus dem Arbeitsbereich der Landeszentrale herausgenommen. Die Auswirkungen dessen interessieren mich ebenfalls.

Das dritte Themenfeld könnte man als Rechtsvergleich zwischen den Bundesländern ansehen. Mich interessiert, was jeweils die Vorteile der Organisationformen bei Frau Thelen und Herrn Schönfelder sind – zum Beispiel die Anbindung an den Landtag oder als nachgeordnete Behörde. Da auch in NRW die Einrichtung eines Beirats geplant ist, frage ich auch, welche Kompetenzen ein solcher Beirat bzw. ein Kuratorium braucht, um nicht nur ein Feigenblatt zu sein. Was muss also ein solches Kuratorium oder ein solcher Beirat können?

Verena Schäffer (GRÜNE): Vielen Dank an die Sachverständigen für ihr Kommen und für die schriftlichen Stellungnahmen. Ich freue mich auf die heutige Anhörung, weil wir das gemeinsame Anliegen haben, die Landeszentrale für politische Bildung weiterzuentwickeln und noch besser aufzustellen, denn die Zeiten sind aktuell politisch sehr herausfordernd. Wir alle wissen, wie wichtig die politische Bildung ist.

In meiner ersten Frage gehe ich auf die organisatorische Veränderung im Hinblick auf die Einrichtung einer Stabsstelle ein. Die Frage richte ich vor allen Dingen an Herrn Schönfelder, Frau Levy sowie Herrn Professor Goll, der in seiner Stellungnahme von einem Spannungsfeld zwischen Präventionsarbeit und der politischen Bildung geschrieben hat. Stimmen Sie mir zu, dass es angesichts des aktuell sehr hohen Bedarfs im Bereich „Präventionsarbeit“ wichtig ist, diesen Bereich sichtbarer zu machen. Natürlich dürfen auch alle anderen gerne etwas dazu sagen.

An Herrn Schönfelder richte ich eine Frage zur Organisationsentwicklung. In Ihrer Stellungnahme haben Sie ausgeführt, welche Veränderungen die Landeszentrale in Sachen vollzogen hat. Das finde ich sehr spannend und frage Sie, was sich seitdem aus Ihrer Sicht verbessert hat, wie Sie zu den fünf Schwerpunktthemen gekommen sind, die Sie in Ihrer Stellungnahme beschreiben, und wie Sie gewährleisten, dass die Landeszentrale schnell, agil und flexibel auf aktuelle Themen reagieren kann. Die Frage zum agilen Reagieren richte ich auch an die Vertreterin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Vielleicht kann auch sonst noch jemand etwas mit Blick auf Organisationsentwicklung dazu sagen.

Zudem spreche ich das Thema „Internet“ an, weil wir alle uns wohl einig sind, dass das Thema, auch Social Media, eine große Herausforderung darstellt. Herrn Dr. Schmid frage ich, ob politische Bildung im Internet sichtbarer werden muss, wobei das vielleicht auch eine rhetorische Frage ist. Wie kann auch organisatorisch sichergestellt werden, dass man schnell und flexibel auf Themen reagieren und verschiedene Zielgruppen ansprechen kann? Wie macht die Landesanstalt für Medien das? Haben Sie unterschiedliche Strategien für unterschiedliche Kanäle? Es macht ja einen Unterschied, ob man bei TikTok oder bei Instagram unterwegs ist; man hat dort unterschiedliche Zielgruppen. Wie sorgt man als Organisation dafür, dass unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden?

Bezüglich der Bedeutung des Internets frage ich auch Frau Levy. In der Stellungnahme von RIAS wurde das thematisiert.

Die letzte Frage greift ein bisschen von dem auf, was Herr Wedel sagte und was Frau Springenberg-Eich in ihrer Stellungnahme geschrieben hat. Es geht um Weiterbildungsstätten und politische Bildung. Frau Springenberg-Eich, ich habe Ihre Kritik dazu gelesen, dass die Förderbescheide nun über die Bezirksregierung laufen. Ich verstehe den Prozess so, dass durch das neue Weiterbildungsgesetz eine Verankerung der politischen Bildung dort gegeben ist. Wenn ich mich richtig an die letzte Legislaturperiode erinnere, wurde dieses Gesetz interfraktionell, also nicht nur von der schwarz-gelben Koalition eingebracht. Die Zuständigkeit der Bezirksregierung ist sozusagen ein Ausfluss aus dieser Gesetzesänderung. Es ist also nichts, was Schwarz-Grün gemacht hat, um irgendjemanden zu drängsalieren oder was auch immer. Es ist ein konkretes Ergebnis aus einer Gesetzesänderung. Ich frage, ob ich das so richtig verstanden habe.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Ich begrüße nun auch Frau Levy in der Runde. Sie ist wahrscheinlich wegen verkehrsbedingter Probleme etwas verspätet. Die Verkehrsprobleme zwischen Köln und Düsseldorf kenne ich gut. Es sind schon Fragen an Sie adressiert worden. Den ersten Teil der Fragerunde haben Sie leider nicht mitbekommen. Die an Frau Levy gerichteten Fragen behalten die Abgeordneten also bitte auch für die zweite Runde noch im Hinterkopf.

In der Antwortrunde rufe ich gleich alle Sachverständigen in der Reihe des vorliegenden Tableaus auf.

Andreas Keith (AfD): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite recht herzlichen Dank für die umfänglichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns heute für Nachfragen zur Verfügung stehen.

Meine erste Nachfrage richtet sich an Herrn Professor Goll. In Ihrer Stellungnahme führen Sie sinngemäß aus, es gebe keine umfassenden empirischen Studien, die untersuchten, ob Überparteilichkeit und Pluralität der Landeszentrale für politische Bildung gewahrt würden oder wie weit die Beeinflussung durch die Exekutive respektive die Landtage reiche. Sollte man nicht im Vorfeld zuerst einmal untersuchen, was nötig wäre, um überhaupt entsprechende Daten zu erlangen, wenn es dahin gehend keinen klaren Wissensstand gibt? Wie sollte, wenn man das für sich so entscheidet, diese

Untersuchung aussehen, wie sollte sie gestaltet werden und welches Ziel könnte das unter Umständen haben?

Die zweite Frage geht an Herrn Schönfelder und Frau Thelen. Mit Verweis auf die im Antrag thematisierte hohe Anzahl von 120 Mitarbeitern der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Bringt mehr Personal wirklich mehr? Wie messen die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und andere Institute das? Gibt es eine Messbarkeit vergleichbar mit anderen Bundesländern, wie sich die Personalzahl auf die Aktionen bzw. auch die Zahlen in der Prävention auswirkt?

Wilfried Klein (Bundesausschuss Politische Bildung [bap]): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Aus Sicht des Bundesausschusses Politische Bildung wurde in der Stellungnahme auf einige Punkte hingewiesen, die uns besonders wichtig sind. In der Fragerunde wurden relativ wenige Aspekte thematisiert, die ich als direkt an diese Stellungnahme anknüpfend wahrgenommen habe.

Zum Thema „Extremismusprävention/politische Bildung“ würde ich gerne etwas sagen. Weil es in den Fragen immer wieder anklang, sage ich vorab, dass aus Sicht der Profession der politischen Bildung besonders wichtig und erstrebenswert ist, dass eine Landeszentrale für politische Bildung möglichst weit aus der Exekutive herausgenommen ist. Das hat etwas mit der Glaubwürdigkeit der politischen Bildung und mit der Unabhängigkeit tun. Im Koalitionsvertrag ist das grundsätzlich als Postulat festgeschrieben.

Aus unserer Sicht hat das sehr viel mit Glaubwürdigkeit zu tun, weil politische Bildung vor allem zur Aufgabe hat, aufgeklärte, autonom handelnde Bürgerinnen und Bürger zum politischen Handeln zu befähigen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dieses politische Handeln würde aus administrativer, staatlicher Sicht heraus geleitet.

Dass die politische Bildung in der Bundesrepublik, wie sich auch die Profession der politischen Bildung versteht, auf Grundlage der Grund- und Menschenrechte zu erfolgen hat und sich daraus auch das Orientierungsfeld ergibt, ist selbstverständlich. Das habe ich auch in der Stellungnahme deutlich gemacht.

Wir möchten aber unterstreichen, dass politische Bildung nicht auf Extremismusprävention reduziert werden darf. Wir möchten auch nicht, dass es eine Versäulung zwischen diesen Bereichen gibt. In den letzten Entwürfen zum Demokratiefördergesetz, das derzeit auf Bundesebene diskutiert wird – auch wenn es stockt –, wurde klargestellt, dass Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politische Bildung zusammen zu denken und zusammen zu sehen sind. Eine Aufteilung oder eine Über- oder Unterordnung der Bereiche ist aus unserer Sicht nicht hilfreich.

Viele, die in der Extremismusprävention, wie viele sie verstehen, arbeiten, würden sich dagegen wehren, auf den extremismuspräventiven Ansatz reduziert zu werden. Viele dort würden deutlich machen, dass sie sich als Teil der politischen Bildung verstehen. Fragt man bei zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der Extremismusprävention aktiv sind, nach, wird man diese Antwort erhalten. Viele der Akteure sind auch Mitglied des Bundesausschusses Politische Bildung, und zwar genau aus diesem Grund. Das trifft etwa auf den Bundesverband Mobile Beratung, die Amadeu Antonio

Stiftung und das Netzwerk für Demokratie und Courage zu. Ich nenne nur diese drei Beispiele, weil diese Akteure immer im Kontext „Extremismusprävention“ genannt werden. Sie verstehen sich als politische Bildnerinnen und Bildner. Deswegen ist uns sehr wichtig, dass man diese Bereiche nicht künstlich trennt, sondern sie möglichst zusammen sieht und schaut, dass man dadurch Doppelstrukturen und Effizienzverluste reduziert.

Celia Sokolowsky (Landesverband der Volkshochschulen von NRW): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Einladung und die Möglichkeit, in diesem Rahmen zu sprechen.

An mich ist insbesondere die Frage zum Beirat adressiert worden, deswegen steige ich damit ein. Der Landesverband der Volkshochschulen von NRW – ich traue mich, auch für die Akteure der politischen Weiterbildung in NRW insgesamt zu sprechen – begrüßt ausdrücklich das Vorhaben zur Einsetzung eines unabhängigen und partei- und organisationsübergreifenden Beirats für die Landeszentrale für politische Bildung. Wir versprechen uns davon eine Stärkung der politischen Bildung, die durch die stärkere Vernetzung mit der Wissenschaft, der Landespolitik, aber auch den Akteuren, die in der Praxis politische Bildung in das Land tragen und an die Bürgerinnen und Bürger herantragen, entsteht.

Der Beirat kann sowohl zur Organisationsentwicklung der Landeszentrale für politische Bildung beitragen als auch zu Fragen zur Verortung der Landeszentrale mit großer Expertise beraten. Er sollte aber auch in Bezug auf die Themensetzung der Landeszentrale und bei der Planung von Förderrichtlinien, Kooperationsmaßnahmen usw. wirksam sein.

Aus Sicht der Träger der politischen Bildung in NRW ist essenziell, dass die Landeszentrale in engem und agilem Kontakt mit den Akteuren der Weiterbildung steht und ihre Programme, ihre Themensetzung, die Kooperationsmaßnahmen und die Fördermaßnahmen kontinuierlich evaluiert und anpasst, um das Ziel, das auch in den Fragen schon anklang, zu erreichen, nämlich Zielgruppen zu erreichen, die durch politische Bildung bislang nicht oder weniger erreicht werden, die vielleicht eine gewisse Ferne zu solchen Maßnahmen haben.

Vielleicht kann politische Bildung als Querschnittsthema auch stärker in der Weiterbildung verankert werden. In unserer Stellungnahme haben wir darauf hingewiesen, dass es nicht nur im Bereich, der sich ausdrücklich als politische Bildung versteht, sondern auch im Bereich der Grundbildung und der Integration wesentliche Förderung und Maßnahmen gibt, die Menschen erreichen, die sich für das politische Wesen, die Geschichte und die Verfasstheit der Bundesrepublik und des Landes NRW interessieren, die hier leben und diesbezüglichen Bildungsbedarf haben. Das ist auch in Bereichen der Fall, die sonst der Integration und nicht der politischen Bildung zugeordnet werden.

Ich unterstreiche auch, dass es bei den vorhandenen Ressourcen notwendig ist, dass die Landeszentrale für politische Bildung dieses Netzwerk der Akteure der Weiterbildung nutzt, um die Bürger NRWs zu erreichen, und nicht versucht, in einzelnen Maßnahmen auf die Bürger direkt zuzugehen. Es gibt ein starkes Netzwerk. Insbesondere

mit den kommunal verankerten Volkshochschulen, die es in NRW flächendeckend gibt, können Angebote auch in den ländlichen Raum hineingebracht werden. Es ist notwendig, sich in einem kontinuierlichen und in gewisser Weise agilen Prozess gegenseitig zu beraten und in regelmäßigem Kontakt zu stehen, um Themen und Fördermaßnahmen, aber auch die Organisation Landeszentrale für politische Bildung weiterzuentwickeln. – Das ist das Wesentliche, was wir in die Beratung einbringen möchten. Wir halten einen Beirat für diese Dinge für wichtig, wahrscheinlich sogar für unerlässlich.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Frau Thelen ist gerade nicht per Video zugeschaltet. Da scheint es im Moment Probleme zu geben. Daher machen wir zunächst mit der nächsten Sachverständigen, Frau Springenberg-Eich, weiter.

Maria Springenberg-Eich (ehemalige Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen): Ich freue mich, heute Stellung nehmen zu können. Ich habe die Landeszentrale für politische Bildung 16 Jahre lang geleitet. Das war natürlich nicht immer einfach. Zuvor war ich 18 Jahre lang Referentin in der Förderung im Wirtschaftsministerium. Ich weiß, wie wichtig Förderung ist.

Frau Abgeordnete Schäffer, Sie sagten, Sie wollten die Landeszentrale für politische Bildung stärken. Wir kennen uns von früher; ich glaube Ihnen das. Das ist ja auch im Koalitionsvertrag so festgehalten. Wenn Sie gleichwohl durchdenken, welche Maßnahmen zurzeit durchgeführt werden und wie die Landeszentrale aufgestellt werden soll, wird deutlich, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Ich hoffe, dass diese Anhörung dazu beiträgt, dass man vielleicht neue Überlegungen anstellt und Konsequenzen zieht.

Die Förderung der Weiterbildungseinrichtungen ist existenziell. Die Landschaft der politischen Bildung ist ein großes Netzwerk von Weiterbildungseinrichtungen, sehr heterogen aufgestellt, durch das die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen schlagkräftig und vor Ort durchgeführt werden kann. Vor Ort wird mit den Demokratiewerkstätten zusammengearbeitet, die zusätzlich aufgebaut wurden und auf kommunaler Ebene ungeheuer wichtig sind. Damit bekommt man natürlich einen Kontakt zu einzelnen Personen. Im Zusammenspiel mit den Weiterbildungseinrichtungen ist das eine gute Möglichkeit, Plattformen für demokratische Diskussionen zu bieten. In Zeiten, in denen, wie die ZEIT jüngst schrieb, Polarisierung nicht täglich, sondern stündlich zunimmt, ist ein solches Netzwerk ungeheuer wichtig.

Es ist notwendig, die Förderung in der Landeszentrale zu behalten, weil mit der Förderung, wie nicht nur die Wirtschaftspolitik sagt, der inhaltliche Diskurs gefördert wird, aber auch der Markt der politischen Bildung modelliert wird. Das ist ungeheuer wichtig.

Im Zusammenspiel mit Projekten des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist das Ziel, das nicht immer, aber in vielen Bereichen erreicht wurde, Projekte aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gegen Antisemitismus und Rassismus sowie aus den Einrichtungen der politischen Bildung zusammenzuführen und dann als Plattform für kommunale Projekte zu nutzen. Wenn man das kappt – und es wurde gekappt –, dann wird das in gewissem Maße zerbröseln.

Der enge Kontakt mit den Weiterbildungseinrichtungen ist für die Landeszentrale für politische Bildung wichtig, weil in einem guten Miteinander Ideen wie die Demokratiewerkstätten, das Programm „Demokratie leben!“ und „Demokratie für mich“ – Letzteres wurde in Nordrhein-Westfalen erfunden – etabliert werden konnten.

Ich befürchte, dieser enge Kontakt ist mit dieser Aufgabe nun in gewissem Maße entfallen, weil man wenig machen kann, wenn man kein Geld hat. Ich bin mir sicher, dass es nicht nur ein technischer Prozess ist, den man an eine Bezirksregierung abgeben kann. Dort fehlt die Professionalität der politischen Bildung, die wichtig ist.

Mit der Abgabe von „Demokratie leben!“ und der jüngsten Entscheidung sind acht bis zehn Personen aus der Landeszentrale für politische Bildung herausgenommen worden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Herausnahme aus einer Institution gleichsam die Stärkung einer Institution sein kann. Ich weiß nicht, welche Strategie dahintersteht. Es wäre schön, zu wissen, dass man in einer Stabsstelle eines Ministeriums, bei der Staatssekretärin angesiedelt, politische Bildung, die allein aus der Geschichte heraus unabhängig und eigenständig sein muss, besser machen kann. Mir ist aber ein Rätsel, wie das gehen soll.

Natürlich ist eine Reduzierung der Haushaltsmittel immer damit verbunden, dass Projekte nicht mehr weitergeführt werden können. Das Projekt „Demokratie für mich“ haben wir damals angefangen. Es war ein Paradigmawechsel in der Demokratiebildung. Als die Berufskollegs 2015 vor der Aufgabe standen, die jungen Flüchtlinge zu beschulen, haben wir beschlossen, nicht den hundertsten Refugee Guide, sondern dieses Programm aufzulegen, damit junge Menschen ein Verhältnis zu unseren Werten und zum Grundgesetz entwickeln und sich erarbeiten können. Das ist wunderbar gelungen. Das geht jetzt nicht weiter, und zwar, weil die Landeszentrale zu wenig Geld hatte. Ich nehme an, dass ein Geldproblem bestand. Es ist an das Schulministerium abgegeben worden. Dramatisch ist, dass dieses Programm im Schuljahr 2023/2024 nicht mehr gelaufen ist, obwohl eine Zwischenfinanzierung zwischen Landeszentrale und Schulministerium zugesagt war. Es war immer das Ziel, das abzugeben. Die Zwischenfinanzierung hat es nun nicht gegeben. Ohne anderes zu unterstellen, nehme ich an, dass dies aus den geringeren Haushaltsmitteln insgesamt herrührte.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An mich wurden einige Fragen in Bezug auf Organisationsentwicklung und Ähnliches gerichtet.

Weil die Organisationsstruktur der Landeszentralen für politische Bildung in der Bundesrepublik extrem divers ist, kann man ein paar Schlaglichter darauf werfen, welche Strukturen für die Wirkfähigkeit solcher Einrichtungen entscheidend sind, ohne daraus folgern zu können, ob das eins zu eins auf Nordrhein-Westfalen übertragbar ist, weil es in jedem Land spezifische Bedingungen gibt.

Ein Unterschied zwischen den Landeszentralen ist die rechtliche Stellung. Einige sind teilgeschäftsfähig im Sinne von Eigenständigkeit auch von Kommunikationswegen und Strukturen. Andere sind extrem in exekutive Strukturen eingebunden. Das gilt auch für die Landeszentrale in Nordrhein-Westfalen, die in einem Ministerium angesiedelt ist.

Ein weiterer Unterschied besteht in der Beiordnung zur Exekutive oder zur Legislative. Die wenigsten Landeszentralen sind dem gesetzgebenden Gremium zugeordnet. Sie sind historisch gesehen aus der Exekutive erwachsen.

Das bedingt – ein dritter Unterschied – die Frage, wie stark die Einflussnahme auf die Programmatik einer solchen Einrichtung, auf die Besetzung des Führungspersonals, auf die Haushaltsführung usw. ist. Das ist ganz unterschiedlich geregelt.

Ein Mittel, um die Unabhängigkeit zu stärken, ist die Beigabe unterstützender Einrichtungen, wie ich sie einmal nenne. Man kann diese Einrichtungen Kuratorium oder Beirat nennen; man kann auch beides einrichten. Eine strukturgebende Institution würde ich „Kuratorium“ nennen; es kann auch eine programmatische Begleitung geben. Das ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung so organisiert. Beides sichert je nach rechtlicher Ausgestaltung, dass zum Beispiel die Besetzung der Leitungspositionen unter Mitwirkung eines solchen Gremiums stattfinden muss oder zumindest kann, dass Programmentscheidungen und Förderentscheidungen mithilfe eines solchen Gremiums getroffen oder im Wesentlichen durch ein solches Gremium mitbestimmt werden.

Es gibt unterschiedliche Modelle, ein solches Gremium zu beschicken. Bei einem Großteil geschieht es in Anbindung an die Landtage und die Fraktionen dort. Es gibt welche, wo mehr oder weniger aus der Zivilgesellschaft oder der Wissenschaft Mitglieder in die Beiräte entsendet werden, was wiederum die Eigenständigkeit stärkt.

Es ist immer zu klären, welche Aufgaben einer solchen Landeszentrale zugewiesen werden. Damit sind wir bei der Unterscheidung zwischen Prävention und Bildung. Bildung ist der wesentlich offenere Begriff. Es geht dabei um die Selbstbildung des Individuums. Prävention hat hingegen eine klare Richtung, in der man Handlungen vollzieht.

Es wurde nach der Wirksamkeit gefragt. Man kann auf ein anderes, nicht deckungsgleiches Feld zurückgreifen, mit dem man aber durchaus Vergleiche anstellen kann. Welche Aufgaben haben Landeszentralen grundsätzlich? Ganz wesentlich ist ihre Aufgabe, Werbung für Demokratie zu machen. Schon Henry Ford sagte, 50 % des Geldes, das er für Werbung aufwende, seien für die Katz, die anderen 50 % sinnvoll, er wisse nur nicht, welche 50 % es jeweils seien. Das sagte er zu einer Zeit, in der man noch keine Zielgruppenansprache kannte. Je besser die Zielgruppenansprache ist, desto klarer kann man benennen, wie viel Prozent der Mittel ihren Zweck erfüllen. Trotzdem muss man immer bei etwa einem Viertel der Mittel in Kauf nehmen, dass es nicht so ist. Man weiß aber nicht, welche Mittel nicht wirksam sind bzw. versanden.

Für eine Einrichtung, die in Abhängigkeit von ihren Aufgaben etatisiert werden muss, bedeutet ein Einschnitt in die Finanzen immer auch ein Weniger an Möglichkeiten.

In Bezug auf die Funktionsfähigkeit der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen würde ich an die oberste Stelle eine rechtliche Rahmung setzen, die die Bedingungen erfüllt, die ich eben als Gunstbedingungen beschrieben habe. Es sollte also ein Gremium geben, das im Hinblick auf die Besetzung der Leitung, die Programmatik, die Förderentscheidungen der Landeszentrale beratend und einflussnehmend tätig wird. Ich plädiere also ganz stark dafür, einen Beirat oder ein Kuratorium mit tatsächlicher Kompetenz und nicht nur als Deckmäntelchen zu etablieren. Das

ist am besten durch Absicherung durch eine gesetzgebende Maßnahme und nicht auf dem Verordnungsweg gesichert.

Dr. Tobias Schmid (Landesanstalt für Medien NRW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Ich leite die Landesanstalt für Medien NRW. Insofern bin nicht in jedem Thema so tief wie die anderen Expertinnen und Experten drin. Zu drei Punkten glaube ich, etwas sagen zu können.

Herr Wolf hat gefragt, was bei politischer Werbung geht und was nicht geht. Das ist ein außerordentlich interessantes Thema. Die Frage ist schnell beantwortet: Im Rundfunk und in sogenannten rundfunkähnlichen Telemedien – darunter fällt alles, was im Netz stattfindet und so aussieht wie Fernsehen – ist politische Werbung grundsätzlich verboten. Im normalen Netz, also auf sozialen Plattformen, ist politische Werbung erlaubt. Das kann man sinnvoll oder sinnlos finden. Fänden Sie es sinnlos, müssten Sie sich an den Gesetzgeber wenden; das sind in diesem Fall die Länder.

Das Problem bei der politischen Werbung ist, dass es keine Legaldefinition gibt. Was politische Werbung ist, ist also im Gesetz nicht definiert. Gemäß der üblichen Spruchpraxis der Medienaufsicht und der Gerichte dürfen aber staatliche Stellen in aller Regel nicht werben, weil man ihnen eine politische Motivation unterstellt. Davon gibt es Ausnahmen.

Das ist heute nicht Thema, aber meiner Meinung nach wäre das Thema es wert, sich damit noch einmal zu beschäftigen, weil die Form von Kommunikation politischer Institutionen mit diesem Regelwerk allgemein quasi nicht sinnvoll möglich ist. Wir als Exekutive wenden an, was im Gesetz steht.

Der zweite Aspekt, auf den ich eingehe, ist ein für mich auch in der Vorbereitung auf diese Anhörung sehr wichtiger, weil ich mich an das Thema erst einmal heranarbeiten musste und dabei zwei verschiedene Themen erkannt habe; vielleicht irre ich. Herr Wedel fragte nach dem Unterschied zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention. Das ist eine mehr als berechtigte Frage. In gewissem Maße ist das eine die Teilmenge des anderen.

Bei der Frage danach, wie man damit umgeht, macht es schon einen erheblichen Unterschied. Politische Bildung ist ein sehr holistischer Auftrag. Wie die Kolleginnen und Kollegen sagten, ist es etwas, was in einem Netzwerk, in dem die Landeszentrale für politische Bildung eine zentrale Rolle spielt, vieler Institutionen erfolgen kann. Die Extremismusprävention hingegen ist ein sehr konkretes Problem. Das speist sich natürlich auch aus der politischen Bildung. Wer politisch nicht gebildet ist, ist möglicherweise anfälliger für Extremismus.

Als Vertreter einer Medienanstalt kann ich ganz gut sagen, dass momentan die konkrete Gefährdung durch Extremismus so groß ist, dass neben den holistischen ein sehr konkreter Ansatz gestellt werden muss. Während der holistische Ansatz eher eine Frage der Befähigung ist, ist das, was jetzt auch nötig ist, sicher etwas, was Pädagogen nicht so sehr mögen, nämlich die Bewahrpädagogik. Man muss also schon sagen,

was geht und was nicht geht, weil das Ganze sonst etwas aus den Fugen gerät. Darin liegt der Hauptunterschied bei der Frage danach, was zu tun ist.

Frau Schäffer, Sie fragten, wie wir das einschätzen und was wir als Landesanstalt für Medien tun. Die Einschätzung ist klar: Insbesondere junge Zielgruppen informieren sich weiterhin sehr gerne politisch. Zwei Drittel, wenn nicht mehr, sind an politischen Abläufen interessiert. Sie informieren sich aber eben anders. Anders heißt, dass sie nicht die FAZ und die Neue Züricher Zeitung lesen, sondern sich zu einem Drittel bei TikTok und zu etwa 30 % bei Instagram informieren. Sie informieren sich also auf Plattformen und außerdem interessanterweise sehr viel im Freundeskreis, der sich wiederum ebenfalls bei TikTok informiert. Damit bewegt man sich sozusagen in einem Kreis.

Was heißt das für die Kommunikation und die politische Arbeit? Die Herausforderung besteht darin – ich beziehe mich in meinen Ausführungen eher auf die Extremismusprävention –, dass die Ausgangslage extrem schwierig ist. Es gibt eine heterogene Adressatengruppe; es muss also auf sehr unterschiedliche Gruppierungen zugegangen werden. Die Erreichbarkeit ist sehr schwierig, weil sich inzwischen weite Bevölkerungsteile dem klassischen Bildungskanon jedenfalls zu Teilen entziehen. Um es profan zu formulieren: Das Drucken von Broschüren mit segensreichen Erkenntnissen ist schön, aber es liest sie keiner mehr. Man muss sich also etwas anderes überlegen.

Wir überlegen uns von Thema zu Thema, was das Ziel ist. Ist es ein allgemeines – der holistische Ansatz – oder ein konkretes, zum Beispiel die Abwehr von Hass und Hetze nach dem Überfall der Hamas auf Israel? Nachdem wir das Ziel definiert haben, fragen wir uns, was die Zielgruppe ist. Auch das macht einen Unterschied, weil man sich bei den beschränkten Ressourcen, die es überall gibt, sehr schwer damit tut, alle zu adressieren; das gilt insbesondere für Ad-hoc-Themen. Danach wählen wir das Mittel. Hinsichtlich der Methodik bedeutet das – ich bleibe bei der Extremismusbekämpfung –, dass man relativ klare Kernbotschaften haben und diese am Empfängerhorizont ausrichten muss. Dieses Ausrichten am Empfängerhorizont können wir alle noch etwas lernen. Wir neigen dazu, Dinge so zu erklären, wie wir sie uns selbst erklären würden. Wir sind aber vielleicht gar nicht das Problem. Außerdem ist eine klare Ansprache nötig.

Um noch konkreter zu werden; so gehen wir üblicherweise vor. Wenn wir ein solches Thema identifizieren, kümmern wir uns zunächst um die Aufmerksamkeit. Das macht man eher im Kampagnenstil. Das muss einfach sein. Ein Jugendlicher muss das an der Bushaltestelle auf dem Weg zur Schule oder in einem kurzen TikTok-Video erkennen. Man muss da auch den Mut haben, etwas unterkomplex zu sein, sonst kommt man mit dem Thema gar nicht erst an.

Laut unserer Erfahrung wollen die Bürgerinnen und Bürger konkrete Kommunikation. Was sollen sie tun, was sollen sie lassen? Aus pädagogischer Perspektive neigt man dazu, an die Eigenverantwortung zu appellieren. Das ist eigentlich schön. Irgendwann muss man aber einmal sagen, was man eigentlich will. Das versuchen wir mit diesem befähigenden Ansatz zu kombinieren. Bei uns heißt das, dass wir Angebote haben, im Rahmen derer sich Bürgerinnen und Bürger an uns wenden können, um Fragen zu stellen. Diese werden durch uns beantwortet; dieses Angebot heißt ZEBRA. Wir haben aber auch Angebote, die wir immer haben und punktuell einsetzen können. Dazu zählen

die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Medienscouts, die Struktur Elternabende und das Internet-ABC.

Unsere wichtigste Erkenntnis als Landesanstalt, die relativ viel mit Hass und Hetze und der Frage, wie man diese bekämpft, zu tun hat, lautet, dass keine Organisation das alleine schafft. Im Bereich der Repression, also der Rechtsdurchsetzung, ist Nordrhein-Westfalen schon ziemlich weit, weil das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaften, die Medienaufsicht, Schulen sowie Medienhäuser relativ eng zusammenarbeiten. Das sollte ein bisschen Blaupause für das sein, was im Bereich der Medienpädagogik gemacht werden sollte. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass es nicht eine Lösung für alle Fragen gibt. Das mag auch eine Auswirkung auf die Struktur haben.

Stefan Schönfelder (Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung [per Video zugeschaltet]): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich danke, dass ich hier sprechen darf und die Möglichkeit habe, dies von zu Hause aus zu tun.

Zunächst schließe ich mich den Worten von Herrn Dr. Schmid in Bezug auf die politische Bildung und die Konkretisierung der Aufgaben an. Politische Bildung vermittelt Grundwerte, im konkreten Fall aber auch Grenzen. Sie soll motivieren, sich politisch zu engagieren – und sei es, nur wählen zu gehen. Insofern gibt es einen großen Unterschied zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention, die weitergeht, vielleicht sogar noch weiter als Herr Dr. Schmid angedeutet hat. Manchmal geht es auch um Symbole. Insofern ist eine symbolische Aufwertung der Landeszentrale oder von Teilen der Aufgaben hin zu einer Staatssekretärin ein Symbol. Ob damit Wirksamkeit der politischen Bildung und der Präventionsarbeit verbunden ist, ist zweifelhaft. Wie schon angesprochen wurde, hat es eher etwas mit Ressourcen zu tun.

Die Präventionsarbeit geht über solche Symbole und die Vermittlung von Grundwerten aber weit hinaus. In meiner Stellungnahme habe ich das kurz umschrieben. Polizei und Justiz haben ihre eigenen Aufgaben. Die Zusammenarbeit mit kulturellen Einrichtungen in der Grundwertevermittlung, aber auch in der aktuellen Positionierung zu politischen Fragen wird oft unterschätzt. Ich empfehle und wünsche mir, dass aus dieser Aufgabenbeschreibung „Demokratie stärken“ über die politische Bildung hinaus geschaut wird, wie Synergien mit anderen Bereichen geschaffen werden können.

Ich wurde nach der Wirkung der Rechtsform in Sachsen gefragt. Mit der Organisation der Landeszentrale als nachgeordnetem Bereich haben wir einen ganz guten Mittelweg gefunden, weil auf der einen Seite klar ist, dass es sich um eine staatliche Einrichtung handelt und der Staat seine Verantwortung wahrnimmt, politische Bildung übergreifend für möglichst viele Zielgruppen überwiegend kostenlos anzubieten. Auf der anderen Seite können wir eine gewisse Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wahren, weil das Ministerium nicht in das operative Geschäft der Landeszentrale für politische Bildung eingreift und nur die Grundlinien, die Personal- und Haushaltsfragen bespricht. Wir sind in ständigem konstruktivem und kollegialem Austausch. Das operative Geschäft liegt beim Direktor und seinem Team und wird dort sehr selbstständig betrieben.

Das ist ein Vorteil in Bezug auf Anerkennung und Glaubwürdigkeit. Anerkennung und Glaubwürdigkeit in der Bildungsszene und in den Zielgruppen kommen daher, dass die Überparteilichkeit über Jahrzehnte gewahrt wird, weil wir als Ministerium nicht eingreifen und auch frühere Ministerien das kaum getan haben. Das Kuratorium vertritt dies auch sehr deutlich nach außen.

Zur Glaubwürdigkeit gehört aber natürlich auch eine gewisse Fachlichkeit. Ohne geht es nicht. Die Fachlichkeit hat etwas damit zu tun, wie gut und wie kontinuierlich die Landeszentrale für politische Bildung ausgestattet ist. Fachlichkeit kann nicht von einem Jahr auf das andere aufgebaut werden. Es bedarf Personal, das über Jahre an Themen arbeiten, dranbleiben und aus dieser Facharbeit heraus Netzwerke bilden kann, um schnell auf neue Entwicklungen reagieren zu können und selber innovativ zu bleiben. Das bedeutet, Innovationen zu erkennen, für die politische Bildung zu transformieren und neue Dinge, Themen und Methoden in die Netzwerke, in die sie eingebunden ist, hinein zu vermitteln.

Zur Frage nach der Rolle des Internets; es ist tatsächlich eher eine rhetorische Frage. Es hat etwas mit Fachlichkeit und Kontinuität zu tun. Das Internet reagiert nicht nur von heute auf morgen. Dass die Landeszentrale in Sachsen nach den Angriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 so schnell reagieren konnte, hat etwas damit zu tun, dass über eine längere Zeit eine gewisse Kompetenz zu dem Thema aufgebaut wurde. Es wurde ein Dossier zu Antisemitismus zur Geschichte Israels und zur Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts aufgebaut. Darauf konnte zurückgegriffen werden. Die Landeszentrale hatte außerdem fachliche Netzwerke, sodass sie fünf Tage nach dem Überfall eine Online-Konferenz für Lehrerinnen und Lehrer dazu, wie diese im Unterricht damit umgehen sollten, anbieten konnte. Der Bedarf ist da. Es haben sich 150 Lehrerinnen und Lehrer angemeldet und zwei Stunden lang diskutiert. Da würde ich schon sagen, dass die Landeszentrale gut aufgestellt, wirksam, agil und reaktionsfähig ist, und das hat etwas mit kontinuierlicher, unabhängiger Ressourcenausstattung zu tun.

Außerdem spielt das Kuratorium eine Rolle. Das Kuratorium der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung besteht aus 21 Personen, von denen 11 durch den Sächsischen Landtag, durch die Fraktionen nach Fraktionsstärke bestellt werden. Außerdem gehören 10 Sachverständige zum Kuratorium. Alle 21 werden von der zuständigen Ministerin oder dem zuständigen Minister berufen. Die Sachverständigen kommen aus der Wissenschaft, sodass die Landeszentrale dadurch unterstützt wird, sowie aus gesellschaftlichen Gruppen, also Kirche und den Gewerkschaften, aus der Zivilgesellschaft und in gewissem Maße aus den Zielgruppen, die man ansprechen möchte.

Es wurde gefragt, was diese Kuratoriumsmitglieder mitbringen müssen. Sie müssen eine Affinität und eine positive Haltung zur Landeszentrale für politische Bildung mitbringen. Außerdem müssen sie die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln. Gleichzeitig ist es ein großer Vorteil, dass die Landtagsabgeordneten vertreten sind, weil dadurch die Rückkopplung in den Landtag permanent gegeben ist. Am Ende ist es der Souverän, der den Haushalt der Landeszentrale bereitstellt. Deshalb ist es gut, wenn Abgeordnete permanent einen Einblick in die Arbeit haben, den Jahresplan und den

Haushalt beschließen und in die großen Vorhaben der Landeszentrale eingebunden sind.

Ich kann nicht empfehlen, das Kuratorium oder einen Beirat permanent im operativen Geschäft mitarbeiten zu lassen. Das überfordert eine Landeszentrale. Sie muss mit ihrem Team arbeiten können, wenn die großen Linien festgelegt sind.

Ich wurde gefragt, was sich mit dem Organisationsentwicklungsprozess in Sachsen geändert hat. Es war ein großer Schritt. Wir sind sehr zufrieden damit, dass wir das angefangen und die Landeszentrale ermutigt haben, das zu machen. Die Landeszentrale hat es überwiegend in einem eigenständigen Prozess gemacht. Diesen Prozess haben wir aus dem Ministerium heraus begleitet.

Allein die Workshops, die mit dem Umfeld der Landeszentrale, also mit den anderen Trägern der Erwachsenenbildung und der politischen Bildung stattgefunden haben, haben innerhalb der Landeszentrale noch einmal ein ganz anderes Selbstverständnis hervorgerufen und eine andere Anerkennung des Umfelds bewirkt, sodass wir die Rolle der Landeszentrale in diesem Netzwerk von Bildungsträgern gestärkt haben.

Es gibt auch ganz praktisch einige Veränderungen. Die Referate werden vorsichtig umgebaut. Der Direktor sagt immer, es würden Themenpakete gebaut. Man versucht also von der Versäulung nach Produkten, also Print, Online, Veranstaltungen, wegzukommen. Es werden Themen erarbeitet und diese dann in Paketen angeboten. Das schließt an das von Herrn Dr. Schmid Gesagte an. Es geht darum, zu fragen, welches Medium, welche Vermittlungsart, welche Sprache und welche Herangehensweise für welche Zielgruppe richtig ist. So werden zu einem Thema mehrere Angebote gemacht – von realen Veranstaltungen über digitale Angebote, Spiele, Dossiers bis hin zu Publikationen, die nach wie vor angeboten werden.

Die staatliche Einrichtung Landeszentrale für politische Bildung als nachgeordnete Behörde hat eine hohe Anerkennung in staatsnahen Berufsgruppen. Lehrerinnen und Lehrer lassen sich nach wie vor in großer Menge auch die auf Papier gedruckten Publikationen zuschicken und verwenden diese im Unterricht. Auch wenn ich daran immer Zweifel hatte, besteht da nach wie vor ein großer Bedarf. Es sind also sowohl gedruckte Publikationen als auch Online-Angebote nötig.

Neben diesen Veränderungen innerhalb der Landeszentrale gab es neue Impulse für die Arbeit. Jede Landeszentrale hat ihre eigene Tradition und ihre eigenen Schwerpunkte. Deshalb muss bei einem solchen Organisationsentwicklungsprozess im Land betrachtet werden, was die Schwerpunkte und die Erfordernisse sind, woher man kommt, wo man besonders stark ist, was von einem erwartet wird und was im Land relevant ist.

Bei uns bedeutet das, dass die Landeszentrale erstmals ein Büro außerhalb der Landeshauptstadt öffnet, nämlich in Chemnitz, um Veranstaltungen zu „Kulturhauptstadt Chemnitz 2025“ zu unterstützen. Die Landeszentrale möchte aus ihrer europäischen Arbeit eine europäische Akademie in Sachsen entwickeln, die es noch nicht gibt.

Wir suchen nach einem neuen Standort, der mehr im Zentrum liegt und vielleicht mit anderen Trägern gemeinsam genutzt werden kann, um die Synergien zwischen der

politisch-historischen Bildung, der politischen Bildung der Landeszentrale und vielleicht der nichtstaatlichen Einrichtungen, der Jugendstiftungen und der Ehrenamtsstiftungen zu stärken.

Es gab bereits sehr starke Auswirkungen, auch wenn an der Grundstruktur und der nachgeordneten Behörde nichts geändert wird, weil wir damit eigentlich ganz gute Erfahrungen gemacht haben.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Im Hintergrund wird sehr hart daran gearbeitet, die Verbindung zu Frau Thelen herzustellen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist sie aber leider noch nicht zugeschaltet.

Daher ist nun erst einmal Frau Levy an der Reihe. Sie hat einen Teil der an sie gerichteten Fragen mitbekommen. Den Rest holen wir in der zweiten Runde nach.

Bettina Levy (Synagogen-Gemeinde Köln): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung. Ich bin hier für den Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln, spreche also für die jüdische Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen, in Köln, in der Nähe. Manchmal ist es nicht ganz so nah – sie haben es an meiner Verspätung gemerkt.

Es ist sehr interessant, hier zuzuhören. Ich habe schon in der ersten Stunde dieser Anhörung viel über politische Bildung und die Landeszentrale gelernt. Für die jüdische Gemeinschaft ist politische Bildung etwas ganz Wesentliches. Wir sind sozusagen die so oft genannte Zivilgesellschaft, weil wir ein Teil der Zivilgesellschaft sind, und brauchen politische Bildung. Daher frage ich in die Runde: Ist die Landeszentrale für politische Bildung für den Bürger erreichbar? – Das ist die für uns wesentliche Frage. Wie kommen wir an die Landeszentrale? Wie kommen wir an politische Bildung? Wie können die Fragen von Lehrern und Lehrerinnen, die sehr oft in unterschiedlichsten Situationen, in kleinen und großen Runden, auf Veranstaltungen an uns gerichtet werden, beantwortet werden?

Hoherfreut habe ich gehört, dass die Publikationen von Lehrern und Lehrerinnen gern und oft in Anspruch genommen werden. Das beruhigt mich sehr. Gleichzeitig habe ich vernommen, dass Papier geduldig und nicht mehr das Mittel der Zeit ist. In unserer Gemeinde haben wir viele Jugendliche und Kinder, Schüler und Studenten, mit denen wir in starkem Austausch stehen. Die genannten zwei Drittel in Bezug auf TikTok sind es aus meiner Sicht mindestens. Politische Bildung bei Kindern und Jugendlichen erfolgt heute nicht mehr auf Anfrage. Sie ist sozusagen passiv geworden. Politische Bildung wird serviert und kommt auf dem Smartphone und in Unterhaltungen durch Hinweise auf dieses und jenes Video daher, wenn es überhaupt dazu kommt. Ansonsten passiert politische Bildung von ganz alleine durch den Blick auf das Telefon, durch Videos, die einem angeboten werden. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Ich genieße es sehr, diese vielen Informationen hier aus professioneller und gut vortragener Sicht zu hören, und werde sie meiner Gemeinde weitergeben. Ich wurde in Bezug auf Digitalisierung gefragt und kann Ihnen nur mitgeben, dass es nicht genug

Landeszentrale und nicht genug politische Bildung geben kann. Wenn es noch einen Expertenrat darum herum geben kann, dann machen Sie ihn bitte möglich und finanzieren Sie ihn.

Hier sitzen viele Landtagsabgeordnete; die Fraktionen sind vertreten. Sie alle sind vertreten. Politische Bildung geht uns alle an, und sie muss unabhängig bleiben und unserem Demokratieverständnis entsprechen. Sie muss schnell und vor allem zeitgemäß sein. „Schnell“ ist fast schon überholt. Ich habe kein Wort, das deutlich genug ist. Es ist noch viel schneller als schnell geworden. Die Schnelligkeit ist mit der Digitalisierung und dem Internet in einem Ausmaß gewachsen, das wir gar nicht mehr denken können. Es muss aber finanziert werden, weil sonst Kinder und Jugendliche, unsere Zukunft hier in NRW und in Deutschland in einem Sumpf erzogen werden, der die falsche Farbe bekommt und der nicht mehr wie die Landeszentrale, wie NRW, wie Deutschland, sondern nur noch KI-gestützt und so, wie TikTok heute gelaunt ist, wie der Algorithmus es heute serviert, reagiert. Das können wir alle nicht wollen. Deswegen gilt: je mehr Digitalisierung, desto besser.

Herr Dr. Schmid, Sie sagten, es gehe nicht alleine, es brauche viele kleine Initiativen. Das ist richtig, aber es sind auch die großen Gremien und die großen Initiativen nötig. Deshalb braucht es die Landeszentrale für politische Bildung. Das darf überhaupt nicht infrage gestellt werden. Daher gebe ich Ihnen noch einmal mit: Engagieren Sie sich für die Landeszentrale, für politische Bildung und stellen Sie die Gelder dafür zur Verfügung.

Wir sind dankbar, weil uns Schulen, Schuldirektoren nach dem Überfall der Hamas direkt angesprochen und gefragt haben, wie sie damit umgehen und ob wir als jüdische Gemeinde Informationen dazu zur Verfügung stellen könnten. Das können wir nur gemeinsam leisten. Es ist eine ganz große gemeinsame Aufgabe, die wir alle haben. Deswegen kann ich mich wirklich nur für die breit aufgestellte Einladung, wie ich sie hier wahrnehme, bedanken, die politisch, finanziell, wissenschaftlich und medial fundiert ist. So muss das Ganze geleitet, gesehen und gedacht werden.

Wir als jüdische Gemeinschaft können uns für die Arbeit der Landeszentralen für politische Bildung bedanken. Das tue ich hiermit ausdrücklich. Ich kann Sie nur bestärken, viel mehr davon anzubieten.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Da Frau Thelen noch immer nicht zugeschaltet ist, starten wir nun mit der zweiten Fragerunde.

Sven Wolf (SPD): Schade, dass Frau Thelen uns nur über den Livestream hören kann und nicht zugeschaltet ist. Die Einschätzung von ihr zu der sehr breit aufgestellten Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zu hören, wäre für uns alle sehr spannend gewesen.

Ich knüpfe an die leidenschaftliche Aussage von Frau Levy, die sie als Appell an uns alle in den Raum gestellt hat, an. Herr Schönfelder, Ihre Ausführungen zur Diskussion darüber, was politische Bildungsarbeit und was Prävention ist, habe ich so verstanden, dass der Präventionsbereich eher in den Bereich von Polizei und Justiz gehören sollte.

Welchen der drei Präventionsbereiche meinen Sie dabei? Meinen Sie es ab der sekundären, tertiären Prävention oder auch schon den primären Präventionsbereich, also den, der allgemein verhindert, dass Extremismus entsteht?

Außerdem sagten Sie den schönen Satz, in Sachsen gebe es eine etwas unabhängige Konstruktion, in der das Ministerium nicht ins operative Geschäft hineingreife. Daraus schließe ich, dass die Landeszentrale dort nicht mit operativen Aufgaben des Ministeriums belastet wird, wie es bei einem integrierten Referat, wie es die Landeszentrale in Nordrhein-Westfalen ist, durchaus passieren kann.

Herr Professor Goll, die Wirksamkeit von Landeszentralen und politischer Bildung – Frau Levy hat es so ähnlich gesagt – hängt davon ab, dass man sie erreichen kann und sie kennt. In Ihrer Stellungnahme haben Sie das ausgeführt. Vielleicht haben Sie eine konkrete Anregung, wie eine Landeszentrale nach außen agieren muss, insbesondere was die Öffentlichkeit angeht. Ich persönlich habe ein bisschen den Eindruck, dass momentan durch das sehr starke Einbetten in ein Ministerium die Außenkommunikation über den klassischen Weg, wie man ihn in Ministerien kennt, also über die Hausspitze, erfolgt und da manche Impulse fehlen, damit es schnell geht.

Herr Dr. Schmid, Ihrer Rechtsansicht in Bezug auf die Werbung widerspreche ich nicht. Das bezieht sich natürlich auf ausdrückliche politische Werbung. Das ist immer ein schwieriger Bereich. Wir versuchen aber ja eine Landeszentrale zu haben, die im Sinne des Beutelsbacher Konsenses unabhängig allgemein für demokratische Abläufe wirbt und diese erklärt. Das muss schnell und zeitgemäß passieren, um die Worte von Frau Levy aufzugreifen. Vielleicht haben Sie eine Anregung, ob es eine rechtliche Lücke gibt, wo man sagen kann, es handele sich um allgemeine Aufklärungsarbeit im Sinne von uns allen, egal welche individuelle politische Meinung man hat. Es geht also zum Beispiel darum, Abläufe zu erklären. Heutzutage muss man da wahrscheinlich mit Influencern zusammenarbeiten, die das jungen Menschen vielleicht anders erklären. Das muss aber eine unabhängige Gruppe sein, finde ich. Ich finde die Ankündigung des Ministeriums, es werde einen TikTok-Kanal geben, ein bisschen schwierig. Grundsätzlich ist es in Ordnung, das auszuprobieren. Es gibt aber diesen Kanal der Hausspitze, und nicht einen der Landeszentrale.

Frau Springenberg-Eich und Herr Klein, Sie frage ich zur Koordinierung der Landeszentralen. Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, ist genau diese zentrale Frage jahrelang zwischen den Landeszentralen diskutiert worden. Am Ende haben die Landeszentralen gesagt, dies sei der richtige und kluge Schritt. Wir sind froh, dass Nordrhein-Westfalen diesen Schritt mit als erstes gegangen ist; viele sind gefolgt. Vielleicht können Sie diesen Prozess erläutern. Sie haben es sehr schön an dem Bild festgemacht, dass auch die politischen Bildner mit ins Boot geholt werden müssten, weil sie die Verstärker in der politischen Arbeit seien, weswegen die Landschaft modelliert werden müsse.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Die Leitung nach Stuttgart, zu Frau Thelen steht nun. Wir hoffen, dass sie stabil bleibt.

Dirk Wedel (FDP): In der zweiten Fragerunde spitze mich meine Frage in Bezug auf das im Koalitionsvertrag Stehende zu, wobei ich die darin formulierte Ansicht teile. Die Landeszentrale soll demnach nämlich gestärkt und unabhängiger werden.

Der erste Fragenkomplex richtet sich an Herrn Professor Goll, Herrn Schönfelder sowie Frau Thelen. Weshalb bedarf es aus Ihrer Sicht gegebenenfalls eines Gesetzes über die Landeszentrale für politische Bildung, und was sollten Inhalte eines solchen Gesetzes sein?

Die zweite Frage richtet sich an denselben Personenkreis. Es können aber auch gerne alle anderen, die dazu etwas beitragen können, darauf eingehen. Wie kann die Landeszentrale unabhängiger werden? Wie kann man die Überparteilichkeit der Landeszentrale sichern, politische Einflussnahme auf die Landeszentrale verhindern, und was empfehlen Sie Nordrhein-Westfalen? Ich nenne ein Beispiel. Frau Springenberg-Eich hat in der 16. Wahlperiode regelmäßig im Hauptausschuss vorgetragen. In dieser Wahlperiode ist die Landeszentrale bisher stumm geblieben, weil schlichtweg immer andere für sie reden, nämlich beispielsweise die Hausspitze. Wie kann man der Landeszentrale eine Stimme geben?

Das verbinde ich mit der Frage an insbesondere Frau Thelen, was aus ihrer Sicht die Vorteile einer Anbindung der Landeszentrale an den Landtag sind. Gibt es aus Ihrer Sicht auch Nachteile? Sie haben die Konstruktion mit Sicherheit bewusst gewählt.

Der letzte Themenkomplex ist die Stärkung der Landeszentrale. Die Frage richtet sich an alle Sachverständigen. Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, um die Landeszentrale zu stärken? Wie sieht es im Bundesländervergleich mit den personellen und finanziellen Ressourcen der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen aus?

Daniel Hagemeier (CDU): Gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis in Richtung des Kollegen Wolf von der SPD-Fraktion, der ausführte, es gebe noch keinen TikTok-Kanal. Das ist so falsch. Vor einem Monat ist der TikTok-Kanal [realtalk.nrw](https://www.tiktok.com/@realtalk.nrw) von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus gestartet. Dieser agiert innerhalb der Stabsstelle Prävention gegen Antisemitismus, politischen und religiösen Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit.

(Sven Wolf [SPD]: Ich muss gleich erwidern dürfen!)

Nun zu meinen Fragen, zunächst eine an Frau Levy. Können Sie uns schildern, wie sich aus Ihrer Sicht das Phänomen Antisemitismus in der Gesellschaft seit dem 7. Oktober verändert hat? Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für die Arbeit der politischen Bildung?

Herr Schönfelder, Sie schreiben, bei Ihnen in Sachsen sei deutlich geworden, dass eine Landeszentrale nicht alle Themen bearbeiten könne, weswegen Sie eine thematische Fokussierung empfählen. Was sind aus Ihrer Sicht die Kernaufgaben einer Landeszentrale und welche Zielgruppen sollten Landeszentralen mit ihren Maßnahmen erreichen?

Die letzte Frage richtet sich an Frau Springenberg-Eich. Gestatten Sie mir eine Frage zur Einrichtung der Stabsstelle zur Präventionsarbeit. Wenn ich richtig informiert bin,

gab es bereits während der Legislaturperiode 2012 bis 2017 und damit während Ihrer Zeit als Leiterin der Landeszentrale einmal eine eigenständige Arbeitseinheit zur Extremismusprävention. Wegen der Aufdeckung der NSU-Mordserie wurde im damaligen Familienministerium, zu dem die Landeszentrale für politische Bildung damals gehörte, zum Integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus ein Referat zum Staatssekretär hochgezogen – außerhalb der Strukturen der Landeszentrale. Es gab also ein der heutigen Stabsstelle sehr ähnliches Konstrukt. Daher meine Frage: Was ist aus Ihrer Sicht der faktische Unterschied in der politischen Bewertung zwischen der damaligen und der heutigen Situation?

Vorsitzender Klaus Vossemer: Ich darf freundlich darauf hinweisen, dass wir uns im Format Anhörung befinden. Wir richten unsere Fragen also an die Sachverständigen. In einer regulären Ausschusssitzung können wir uns gerne untereinander befragen bzw. korrigieren. Im Sinne einer weiteren konstruktiven Gesprächsatmosphäre wollen Sie kurz erwidern, Herr Wolf. Sie sind persönlich angesprochen worden. Das ist, wie gesagt, in diesem Format durchaus ungewöhnlich.

Sven Wolf (SPD): Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen sehr, mir die Gelegenheit zu geben, mich beim Kollegen Hagemeier ganz herzlich zu bedanken. Sie haben mit Ihrer Äußerung die Intention meiner Frage unterstrichen. Ein TikTok-Kanal der Stabsstelle – durch die Staatssekretärin organisiert – ist nämlich kein TikTok-Kanal einer unabhängigen Landeszentrale, und das war die Intention meiner Frage.

Antje Grothus (GRÜNE): Wir haben schon sehr viele Themen angerissen und vertieft. Ich habe noch vertiefende Fragen. Wie können weitere Zielgruppen erreicht werden? Es wurde schon sehr viel über die große Bedeutung von Social Media gesprochen. Ich hebe auf die aufsuchende politische Bildung ab. Welche Bedeutung messen Sie ihr zu? Es geht um Präsenz in den Quartieren, im direkten Lebensumfeld von Menschen. Diese Frage adressiere ich insbesondere an Frau Sokolowsky und Herrn Dr. Schmid.

Zweite Frage; Themenfeld „Zivilgesellschaft“. Wie kann die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft noch weiter ausgebaut werden? Welche Chancen sehen Sie darin? Diese Frage kann wie natürlich auch die erste Frage von allen beantwortet werden.

Herr Dr. Schmid, Herr Kollege Wolf hat das Thema „Influencer“ angesprochen. Darauf zielt auch meine Frage. Sehen Sie in der Zusammenarbeit mit Influencern, die demokratisch gesinnt sind, hohe Reichweiten haben und durch die Algorithmen in die Timelines gespült werden – Frau Levy sagte, es werde einfach serviert und komme an –, einen Weg für die Stärkung von politischer Bildung auf Social Media? Andererseits sind die Algorithmen gerade auf TikTok häufig problematisch. Gerade demokratische Inhalte werden nicht gerade weit oben angezeigt. Wie kann damit umgegangen werden?

Außerdem sagten Sie, Sie nutzten es vor allem für Präventionsarbeit. Kann man dort auch ganzjährig bzw. speziell vor den Wahlen allgemeine politische Bildung betreiben? Welche Chancen und Möglichkeiten sehen Sie darin?

Andreas Keith (AfD): Die Sachverständigen haben mehrfach angesprochen, es sei wichtig und erstrebenswert, dass die Landeszentrale für politische Bildung, egal wo sie angegliedert sei, unabhängig und überparteilich sei und daraus resultierend Glaubwürdigkeit erziele und, wie Herr Schönfelder sagte, dadurch vielleicht auch innovativer arbeiten könne.

Mir stellt sich die Frage, ob das nicht oben anfängt. Müsste man nicht auch die Leitung der Landeszentrale für politische Bildung, die hier in Nordrhein-Westfalen extrem politisiert ist – gerade in den letzten 20 Jahren –, da einbeziehen? Man muss eine steile politische Karriere gemacht haben, um diese Stelle überhaupt besetzen zu können. Wäre es nicht sinnvoll, die Modelle aus Sachsen oder Niedersachsen heranzuziehen, wo es explizit nicht der Fall ist? Könnte es positive Impulse setzen, dass man, wenn man sich die finanzielle Unabhängigkeit wünscht, die politische Unabhängigkeit bei der Besetzung gerade der Leitungsposition forciert? Diese Frage geht an Herrn Professor Goll und Herrn Schönfelder.

Vorsitzender Klaus Vossemer (CDU): An alle Sachverständigen wurden Fragen adressiert. Ich möchte mit Frau Thelen beginnen und ihr die Gelegenheit geben, auch auf die Fragen aus der ersten Fragerunde einzugehen.

Sibylle Thelen (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [per Video zugeschaltet]): Ich freue mich, dass die Zuschaltung nun gelungen ist, muss aber hinzufügen, dass ich die Sitzung bislang nur fragmentarisch habe verfolgen können, weil ich durch die technischen Probleme doch sehr abgelenkt war. Die Fragen in der ersten Runde habe ich nicht mitbekommen. Allerdings habe ich die Fragen aus dieser Runde mitbekommen und aus den Rückmeldungen auf die erste Fragerunde ein wenig geschlossen, um welche Themen es gegangen ist. Erlauben Sie mir also, gewissermaßen im Blindflug die Dinge aufzugreifen.

Zunächst spreche ich über die baden-württembergischen Erfahrungen mit dem hiesigen Kuratorium. Seit der Gründung 1972 haben wir ein Kuratorium, das mit Vertretern der Landtagsfraktionen und externen Sachverständigen besetzt ist. Es sichert unsere Überparteilichkeit ab und begleitet uns kritisch-konstruktiv und sehr fachkundig. Wir sind regelmäßig, vier- bis fünfmal im Jahr, bei Sitzungen und stellen unsere Jahresplanung und unsere Haushaltsaufstellung vor. Wir beraten auch im Vorfeld die nächste Haushaltsaufstellung. Wir diskutieren Schwerpunkte, die wir in unserer pädagogischen Arbeit setzen wollen. Auch hinsichtlich der Leitungspositionen wird im Kuratorium auf Vorschlag der Landtagspräsidentin Benehmen hergestellt.

Das Kuratorium ist auch über die Bekanntmachung abgesichert. In der zweiten Fragerunde war von einer gesetzlichen Grundlage die Rede. Die gesetzliche Grundlage – bei uns heißt es Bekanntmachung – ist sozusagen ein Fundament. Da ist nicht nur das Kuratorium mit seinen unterschiedlichen Aufgaben enthalten. Auch Inhalte unserer Arbeit und Zielsetzungen sind dort hinterlegt sowie natürlich die Überparteilichkeit, die Ausgewogenheit und der Auftrag, die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch Maßnahmen der politischen Bildung zu fördern und zu vertiefen. Aber auch unsere operative Arbeit und unsere Vernetzungstätigkeit sind mit abgesichert. Vernetzung

heißt, dass wir uns nicht nur mit der Zivilgesellschaft, sondern auch mit staatlichen Akteuren vernetzen.

Wir sind seit 2013 beim Landtag angebunden. Die Bekanntmachung wurde nicht mehr im Namen der Landesregierung, des Ministerpräsidenten verkündet. Seit 2013 ist es die Bekanntmachung des Landtagspräsidenten; damals hatten wir einen Landtagspräsidenten. Die Einrichtung beim Landtag hat für uns eine gute Entwicklung gezeitigt. Wir arbeiten sehr gut und vertrauensvoll mit dem Landtag, mit der Landtagspräsidentin, der Landtagsverwaltung zusammen. Im Landtag gibt es einen Bereich, der politische Bildung betreibt: beispielsweise der Besucherdienst oder auch die Veranstaltungen, die stattfinden. Teilweise sind wir in die Vorbereitungen involviert. Der Schülerwettbewerb des Landtags, der bei uns angesiedelt ist und in enger Zusammenarbeit mit dem Landtag veranstaltet wird, ist ein weiteres Beispiel. Es gibt also viele Schnittstellen und Gemeinsamkeiten im Auftrag. Die Landtagspräsidentin ist zwar Mitglied einer Fraktion, hat aber als solche auch eine unparteiliche Funktion. Da gibt es gute und wichtige Berührungspunkte.

In unserer Arbeit – das ist etwas Grundsätzliches zur Landeszentrale Baden-Württemberg – legen wir einen starken Fokus auf die operative Arbeit, die Vernetzung sowie auf den Landesbezug. Das möchte ich im Einzelnen näher erläutern.

In Bezug auf die operative Arbeit bedeutet das, dass es eine große Bandbreite an Auspielwegen gibt, wie man heutzutage so schön sagt. Von Anbeginn an haben wir unsere eigenen Publikationen – drei Zeitschriftenreihen, zwei Buchreihen. Wir haben ein ausdifferenziertes Angebot an Veranstaltungsformaten, mit denen wir die Schulen, aber auch die interessierte Öffentlichkeit adressieren. Außerdem verfügen wir über eine umfassende pädagogische Expertise. Das ist vielleicht ein wichtiger Aspekt, den man in Zusammenhang mit den Überlegungen zur Umstrukturierung der Landeszentrale in Nordrhein-Westfalen anführen kann. Bei uns sind politische Bildung, Demokratiebildung und Extremismusprävention unter einem Dach. Ich halte für sehr wichtig, dass man voneinander profitiert und sich austauscht. Es gibt immer wieder Schnittbereiche. Wir brauchen alle Kompetenzen. Deswegen finde ich sinnvoll, diese Bereiche beieinander zu lassen. Bei der Stabsstelle Demokratie stärken, die im Zuge der Entwicklung von Extremismusprävention eingerichtet wurde, beruhen die Anfänge auf Angeboten, die sich auf das Symptom gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beziehen, die also die Extremismusprävention zum Thema machen. In der Stabsstelle hat sich mittlerweile aber auch ein Angebot der Demokratiebildung herausgebildet, das wir dank Fördermitteln von der Baden-Württemberg Stiftung entwickeln können. Da haben wir eine innovative Möglichkeit, die Dinge weiter voranzutreiben. Ich würde sagen, das ganze Haus profitiert davon. Es ist wichtig, die politikdidaktischen Diskurse zu verfolgen, zu begleiten, zu reflektieren und sie in den pädagogischen Angeboten umzusetzen.

Das tun wir auch in der Fläche. Das ist vielleicht eine historisch bedingte baden-württembergische Besonderheit, weil wir zwar sehr spät eingerichtet wurden – 1972; in den westdeutschen Bundesländern ist das ein spätes Datum; nur Rheinland-Pfalz war später dran –, aber im Land verstreut an den Universitätsstandorten praktisch Vorläuferorganisationen auf vereinsrechtlicher Basis entstanden sind, die sich zusammengeschlossen haben. So waren wir von Anfang an an vier Standorten mit unseren Außenstellen präsent.

Die Außenstellen machen schulische Angebote, und zwar mehr als 1.000 pro Schuljahr, mit unterschiedlichen Formaten. Im ersten Vierteljahr dieses Jahres lag der Schwerpunkt auf den Kommunal- und Europawahlen und auf dem Grundgesetzjubiläum. Mittlerweile konnten wir deutlich über 400 Angebote flächendeckend an den Schulen in allen Landkreisen im Land realisieren.

Dieses Angebot wird sehr stark nachgefragt. Es bereichert sozusagen den Gemeinschaftskundeunterricht durch ein Angebot, das an der Schule stattfindet, aber doch außerschulisch ist. Wir schicken Teamerinnen und Teamer vor Ort, die die Angebote durchführen.

Darüber hinaus haben wir einen starken Akzent auf der Medienbildung. Es kam schon verschiedentlich TikTok zur Sprache. Unser Standpunkt ist, dass wir auf Social Media unterwegs sind, und zwar nicht auf TikTok, aber auf Instagram und Facebook. Unser Schwerpunkt liegt aber ganz klar auf dem Rüstzeug für eine kritische Medienkompetenz. Das wollen wir vermitteln, und man braucht es ähnlich wie Lesen, Schreiben, Rechnen, also die basalen Kulturtechniken. Digitale Medienkompetenz ist mittlerweile eine wichtige Voraussetzung, um an unserer Gesellschaft und unserer Demokratie teilzuhaben.

Ein Blick auf die Vernetzung. Wir haben den Auftrag, die Zivilgesellschaft, die Träger der politischen Bildung ganz unterschiedlicher Weltanschauungen, aber auch überhaupt staatliche Stellen, die in der politischen Bildung unterwegs sind, zu vernetzen. Wir haben ein sehr fein ausdifferenziertes, breites Netzwerk. Dieses wird von allen Fachbereichen bei uns im Haus gesponnen. Wir sind zum Beispiel mit den Frauenbeauftragten, den Integrationsbeauftragten, den Bürgermeisterämtern, den Kommunen, den Hochschulen und natürlich der Zivilgesellschaft vernetzt. Wir haben sehr viele, sehr unterschiedliche Anknüpfungspunkte. Ein Beispiel, das bei uns in Baden-Württemberg flächendeckend läuft, ist die Gedenkstättenlandschaft mit mehr als 80 Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, weit überwiegend von Ehrenamtlichen gegründet.

Ich nehme den Vernetzungsauftrag sehr ernst, weil auch immer wieder neue Gruppierungen, die sich formieren und anfangen, sich in die Demokratie einzumischen, einbezogen werden müssen. Wir als Vernetzungsinstanz haben den wichtigen Auftrag, diese neuen Stakeholder aufzunehmen und in einen Diskurs einzubinden. Das tun wir sehr gerne.

Der Fokus auf das Land Baden-Württemberg. Ich sage „vom Bindestrichland Baden-Württemberg aus an das Bindestrichland Nordrhein-Westfalen“. Diesen Auftrag haben wir von Anfang an mit unseren diversen Publikationen wahrgenommen, allen voran mit der landeskundlichen Reihe, der Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs mit mittlerweile mehr als 50 Bänden zu ganz unterschiedlichen Themen: Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, auch historische Arbeit. Allzu viele Anbieter, die sich auf dem Feld der Landeskunde tummeln, gibt es nicht. Da sehen wir einen ganz wichtigen Auftrag, ein gutes, aber auch kritisches Wissen zu vermitteln, das gleichzeitig die Identität in Baden-Württemberg stärkt und neu Hinzugekommenen eine Verankerung in Zeit und Raum ermöglicht.

Eine Zusammenfassung. Welchen Ratschlag würden wir aus dem Flächenland Baden-Württemberg dem Flächenland Nordrhein-Westfalen geben? Wir wünschen uns eine starke Landeszentrale Nordrhein-Westfalen, die wir aus einer guten Zusammenarbeit im Kreis der Zentralen für politische Bildung, aus den unterschiedlichen gemeinsamen Konferenzen, Treffen, Arbeitssitzungen etc. kennen.

Ein Kuratorium ist sicherlich eine ganz grundlegende Voraussetzung, um sich auf den Weg zu machen. Ein Kuratorium garantiert Überparteilichkeit und eine gewisse Form von Unabhängigkeit, die man braucht, um über politische Bildung nachzudenken und sie zu machen. Es sollte kritisch-konstruktiv begleiten; denn natürlich braucht auch eine Landeszentrale eine Aufsicht, eine Kontrollinstanz. Wir arbeiten mit Steuergeldern. Unser großes Kapital ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Wie wichtig Vertrauen in diesen Zeiten ist, in denen Vertrauen erodiert und Demokratie dadurch gefährdet ist, muss ich gar nicht länger ausführen.

Wilfried Klein (Bundesausschuss Politische Bildung [bap]): Ich möchte direkt anknüpfen. Vertrauen und Glaubwürdigkeit waren auch mir in meiner Stellungnahme sehr wichtig. Deswegen möchte ich unterstreichen, dass dies das entscheidende Kapital der politischen Bildung ist, wie wir sie verstehen.

Wir verstehen politische Bildung nicht als Staatsbürgerkunde, eine trichterpädagogische Herangehensweise, sondern als ein Angebot mit einer festen Werthaltung für eine wertgebundene – wir sind nicht neutral – politische Bildung, die im Übrigen einen sehr offenen Bildungsprozess zum Gegenstand hat. Sie hat also nicht nur das Ziel Beteiligung, sondern ist auch Mittel des Lernens. Das gilt natürlich für alle Bildungsprozesse; es ist nicht der politischen Bildung exklusiv immanent. Wir sind aber schon der Auffassung, dass gerade politische Bildung, wo es um das Politische geht, mithin auch so zu verstehen ist, dass auch für das Staatliche ganz wichtig ist, dass dieser Bildungsprozess unabhängig angestoßen ist und unabhängig auf einer festen Wertbasis steht, die ich noch einmal erwähne, damit nicht der Eindruck entsteht, ich redete der Neutralität das Wort. Es ist eine wertgebundene Positionierung, aber eben im Rahmen eines offenen Bildungsprozesses, der zum Ziel hat, unabhängig agierende, autonome Bürgerinnen und Bürger zum politischen Handeln zu befähigen. Da ist Unabhängigkeit von der staatlichen Lenkung ganz wichtig.

Die aufsuchende Bildung kann man anhand von guten Beispielen aus NRW unterstreichen. Erstens ist wichtig, dass in der politischen Bildungsarbeit die aufsuchende Bildungsarbeit sehr stark gemacht und verstärkt wird. Es muss Angebote geben, im Rahmen derer in Quartiere gegangen wird. Die Demokratiewerkstätten im Quartier, die in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren entwickelt worden sind, haben insbesondere das Kennzeichen, dass sie staatlich gefördert sind, aber von unabhängigen Trägern umgesetzt werden. Dieses Beispiel macht sehr deutlich, dass es wichtig ist, dass man zusammenarbeitet – in dem Fall die Landeszentrale mit Trägern aus der Landschaft. So ist es auch bei vielen ähnlichen Projekten bundesweit, dass es eine Zusammenarbeit zwischen Staat – Finanzierung – und freien Trägern – Umsetzung – gibt. Das ist ganz wichtig zur Stärkung der Glaubwürdigkeit. Wenn es nur darum gehen würde, dass staatlich geförderte Maßnahmen in einem Quartier stattfinden, dann ist es ganz

schnell mit mangelnder Glaubwürdigkeit belegt. Man muss sich dann fragen, ob das PR und nicht politische Bildung ist. Wir sprechen über politische Bildung, die von der Öffentlichkeitsarbeit zu unterscheiden ist.

In der politischen Bildung gibt es zumindest dort, wo sie staatlich verankert ist, immer die Versuchung der staatlichen Einflussnahme. Das habe ich auch in meiner Stellungnahme dargelegt. Der Versuchung muss widerstanden werden. In der Vergangenheit ist das oft genug nicht passiert. Es wurde mehrfach gesagt, dass wir in einer ganz anders herausgeforderten Gesellschaft leben. Da sind Vertrauen und Glaubwürdigkeit sehr hohe Güter, die es zu verteidigen gilt. An dem Beispiel der aufsuchenden politischen Bildung kann man gut deutlich machen, dass sie nur dann einen Wert hat, wenn sie mit größtmöglicher Unabhängigkeit erfolgt.

Die staatliche Förderung ohne staatliche Lenkung ist aus meiner Sicht nicht nur wegen der Glaubwürdigkeit wichtig. Lernen erfolgt nur in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand und einer kritischen Aneignung. Es würde sich wohl niemand, der in Extremismuspräventionsprojekten arbeitet, damit anfreunden wollen, dass er Teil eines Modells ist, das sich an – verkürzt gesagt – Modellen der Trichterpädagogik orientiert. Das würde sich niemand gefallen lassen. Es muss immer eine kritische Auseinandersetzung sein. Es ist immer ein Bildungsprozess. Es geht mir darum, herauszustellen, dass wir immer über Bildung reden, egal ob es um Extremismusprävention, politische Bildung, Vielfaltgestaltung oder Demokratieförderung geht. Es soll etwas gelernt werden; das kann aber nicht verordnet werden. Man muss also immer ein Setting organisieren, in dem es möglich ist, dass Menschen am Ende eine Verhaltensveränderung einzugehen bereit sind. Das ist ein Bildungsprozess. Alles andere ist aus fachlicher, aus pädagogischer Sicht zum Scheitern verurteilt.

Deswegen ist die Unterscheidung zwischen Extremismusprävention, die begründet, weshalb man es in separaten Organisationseinheiten einbinden muss, und politischer Bildung nicht fachlich begründet. Man kann das begründen. Das ist aus meiner Sicht der Grund, weshalb es diese Versäulung an vielen Stellen immer noch gibt. Man kann das mit Förderprogrammen, mit der Finanzierung begründen. Seit zehn Jahren, sogar noch länger beobachten wir, dass ganz viel Geld für bestimmte Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Das führt dann zu bestimmten Strukturen. Diese Strukturen – das ist Teil der Antwort auf einige der gestellten Fragen – haben in der Vergangenheit auch zu sehr kritischen Entwicklungen in den Ländern geführt. Es handelt sich nicht um ein NRW-spezifisches Problem.

Eben wurde nach Diskussionen Bundeszentrale – Landeszentrale bzw. Landeskoordinierungsstellen gefragt. In vielen Bundesländern gibt es die Diskussion, und sie ist unterschiedlich ausgefallen. Durch das sehr üppig ausgestattete, auf Bundesebene aufgelegte Programm „Demokratie leben!“ sind neue Strukturen entstanden, die die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren der politischen Bildung und Akteuren, die sich zum Teil neu entwickelt haben, nicht gerade vereinfacht haben. Darüber ist viel diskutiert worden, mit unterschiedlichen Ergebnissen. Aus meiner Sicht ist am besten, wenn die Versäulung und das Entstehen von Doppelstrukturen zu reduzieren bzw. zu überwinden versucht wird. Für die Umsetzung dieser Programme ist das deutlich besser.

Eben sagte ich schon, dass es im Demokratiefördergesetz kein Entweder-oder, sondern Demokratieförderung, Extremismusprävention, Vielfaltgestaltung und politische Bildung gibt. Deswegen sollte man sich genau überlegen, ob es eine ausreichende Begründung für separate Strukturen gibt, die immer die Gefahr Effizienzverluste in sich bergen.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure, die die Landeskoordinierungsstelle oder die Landeszentrale ansprechen wollen, sind nicht in unterschiedlichen Biosphären unterwegs, sondern arbeiten in vielen Bereichen, insbesondere der aufsuchenden Bildungsarbeit, zusammen und im gleichen Sozialraum. Immer wieder zu betonen, es müsse mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet werden, die man aber am einen Tag über die Landeskoordinierungsstelle und an einem anderen Tag über die Landeszentrale einlädt, birgt die Gefahr Reibungsverluste in sich.

In der Stellungnahme habe ich die Veränderung in Nordrhein-Westfalen beschrieben. Man hat die Landeskoordinierungsstelle in die Landeszentrale überführt, man hat also etwas neu entwickelt und es dann zusammengeführt. Aus Baden-Württemberg habe ich es ebenfalls so verstanden, dass man es dort als Vorteil ansieht, wenn man die Themenfelder zusammen bespielt.

Zu Unabhängigkeit gehört auch, dass die Landeszentrale eine originäre Sichtbarkeit hat. Wenn die Landeszentrale in der politischen Bildung als eigenständiger Akteur wahrgenommen wird, hat das eine andere Wirkung, als wenn sie nur Teil eines Ministeriums ist. Ich bin der Meinung, dass die Landeszentrale in einem Ministerium immer problematisch ist. Herr Schönfelder hat eben ausgeführt, in Sachsen funktioniert es ganz gut, dass man die Landeszentrale in Ruhe lasse. In Baden-Württemberg hat man sich für den Landtag entschieden. Solange eine Landeszentrale Gruppe oder Abteilung Teil eines Ministeriums ist, läuft sie natürlich mehr Gefahr, dass sie den politischen Einflussnahmen ausgesetzt ist, als wenn sie etwas weiter davon weg ist.

Die Sichtbarkeit halte ich für wichtig, damit man weiß, dass die Landeszentrale nicht Teil der Öffentlichkeitsarbeit eines Ministeriums, sondern der politischen Bildung verpflichtet ist. Für die Glaubwürdigkeit und die Unabhängigkeit ist das aus meiner Sicht unerlässlich.

Celia Sokolowsky (Landesverband der Volkshochschulen von NRW): Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners zur Glaubwürdigkeit und zur Bedeutung der politischen Bildung in der aufsuchenden Bildung an. Das ergänze ich um den Aspekt, dass die Akteure der politischen Bildung in den Quartieren, vor Ort glaubwürdig und unabhängig auftreten können. Die politische Bildung muss auch Relevanz für die Zielgruppen vor Ort, die erreicht werden sollen, haben und so etwas wie Wirksamkeit vermitteln. Es geht nicht darum, mit einer öffentlichkeitswirksamen Botschaft, wie segensreich und gut die Demokratie ist und wie wünschenswertes Verhalten aussieht, an die Menschen heranzutreten. Vielmehr geht es darum, zum politischen Handeln und zum demokratischen Prozess zu befähigen. Das ist im Idealfall geschehen, wenn politische Bildung mit einer Erfahrung von Selbstwirksamkeit und der Möglichkeit, die eigene Lebenswelt, sein Umfeld, vielleicht auch politisches Geschehen oder etwas, was nicht dezidiert als Politik wahrgenommen wird, aber Alltagsleben ist und das eigene Sein beeinflusst, gestalten zu können, verbunden ist. Damit geht es auch darum, zu vermitteln,

dass man nicht einfach nur ausgesetzt und Opfer von Verhältnissen ist. Dafür ist die aufsuchende politische Bildung und politische Bildung vor Ort und in den Quartieren besonders wichtig.

Das bedeutet allerdings auch, dass man das nicht mit einem festen Agendaset oder einem Set an Formaten angeht. Vielmehr braucht man als Akteur, Anbieter, Gestalter politischer Bildung eine gewisse Offenheit. Man muss ein Auge darauf haben, welche Themen vor Ort für die Menschen – vielleicht auch bestimmte Zielgruppen, die man besonders erreichen will – relevant sind. Was wollen und können sie gestalten? Was sind ihre Sorgen? Das kann ein Netzwerk, das vor Ort verankert und tätig ist, besonders gut.

Das wiederum heißt, dass eine starke Landeszentrale nötig ist, die ihre Fördermaßnahmen, Themenschwerpunkte und Kampagnen aber auch im Dialog mit dieser vor Ort aktiven Landschaft anpassen kann.

Damit das Ganze nicht so abstrakt ist. Ich spreche hier für die Volkshochschulen – kommunale Einrichtungen. Die Kommunen gestalten zum Teil schon sehr erfolgreich Bürgerentscheidungsprozesse oder Entscheidungsformate wie Bürgerdialoge zu vor Ort anstehenden Änderungen oder Konzepten etwa für Mobilität in der Stadt, für die Umgestaltung von Quartieren oder für Bildung. Zum Teil werden diese in und zusammen mit den Volkshochschulen gestaltet. Es muss keine Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen sein, es können auch andere Träger der politischen Bildung vor Ort sein. Es ist wichtig, in einen offenen Dialogprozess zu kommen, der die Gestaltungsmöglichkeiten und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern aufgreift und vielleicht auf bestimmte Zielgruppen zugeht, die der Bürgermeister mit seinen Newslettern genauso wenig erreicht, wie es die Landeszentrale mit ihrem eigenen TikTok-Kanal täte.

Es können aber auch total offene Formate sein. Ich hörte neulich davon, dass Volkshochschulen Kochen mit dem Bürgermeister anbieten. Das ist ein sehr schlaues Format, weil der Bürgermeister so die Gelegenheit hat, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Und wenn die Themen ausgehen, kann es um die Bindung der Sauce oder Ähnliches gehen.

Es ist also eine große Vielzahl an Formaten nötig.

Die aufsuchende Bildung ist für die Volkshochschulen und andere Träger der politischen Bildung ein eigenes Entwicklungsthema. Wir benötigen Förderprogramme, die uns in die Lage versetzen, Dinge auszuprobieren und zu verändern, um herauszufinden, wie etwas erreicht wird, was als relevant, glaubwürdig und die Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger fördernd wahrgenommen wird. Außerdem brauchen wir mehr im Bereich der Grundbildung. Wir sind gerne bereit – ich spreche für alle Anbieter politischer Bildung –, hinzuschauen, welche Zielgruppen wir vielleicht schon mit Formaten erreichen, die nicht dezidiert als politische Bildung ausgewiesen sind. Die Volkshochschulen sind zum Beispiel der größte Anbieter von Integrationskursen. Außerdem gibt es den zweiten Bildungsweg, also die Schulabschlüsse für Erwachsene. All das sind Programme, wo die Bildungseinrichtungen großes Vertrauen genießen und eine große Glaubwürdigkeit haben. Die Menschen sind über Monate bei uns. Warum nicht da gute, wirksame Angebote machen, die diese Menschen erreichen, die nicht in erster

Linie nach politischer Bildung suchen? Die Landeszentrale kann in dem Bereich gerne mehr machen und mehr Förderprogramme aufsetzen.

Vorhin wurde gesagt, ein Beirat solle vielleicht nicht ins operative Geschäft hineinwirken. Vielleicht kommt es darauf an, wie genau man das versteht. Ich denke, dass es schon sinnvoll wäre, wenn ein aus der Wissenschaft, Politik und mit Akteuren besetzter Beirat hinschauen würde, wie wirksam Förderprogramme sind und welche Förderrichtlinien und welche Offenheit notwendig ist, sodass man Dinge in einem agilen Prozess gemeinsam auswerten und justieren kann. Das hielten wir für sehr wichtig.

Maria Springenberg-Eich (ehemalige Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen): Was ist der Unterschied zwischen der Stabstelle damals und heute? Die Landeszentrale ist innerhalb der Landesregierung ja immer wie ein Wanderpokal gewandert. Damals war sie im Familienministerium angesiedelt. Wir haben uns an dem in der Stabstelle geführten Diskurs beteiligt. Damit sind keinerlei Konsequenzen im Hinblick auf das Personal einhergegangen. Wir haben selbstverständlich niemanden abgegeben.

Wichtig zu betonen ist – ich erinnere mich gut an die damalige Diskussion mit der Ministerin und der Staatssekretärin –, dass die letztliche Konsequenz war, dass die Landeskoordinierungsstelle, die damals im Jugendbereich angesiedelt war, zur Landeszentrale gekommen ist, damit keine weitere, eher schwierige Versäulung stattfindet, sondern die Präventionsarbeit und die politische Bildung zusammengeführt werden.

Nun zu den Inhalten. Glaubwürdigkeit ist die Währung, mit der politische Bildung arbeitet. Das kann sie nur, wenn sie die Eigenständigkeit und die parteipolitische Unabhängigkeit dokumentiert, indem sie nicht beispielsweise durch eine Stabstelle Kommunikation betreibt. Nicht nur ein TikTok-Kanal von der Stabstelle, sondern auch einer der Landeszentrale wäre angebracht. Dieser würde die aufsuchende politische Bildungsarbeit mit einer Kommunikation zum Beispiel zu Demokratietouren, die die Landeszentrale gemacht hat und auch zur EU-Wahl vorhat, mit Aufmerksamkeit verknüpfen. Diese Aufmerksamkeit kann vielleicht erreicht werden, indem Demokratiebotschafter eingebunden werden. Das sind dann zum Beispiel Größen aus Kultur und Medien. Das hat schon einmal funktioniert. Unter den heutigen Bedingungen kann man sich das aber noch viel besser vorstellen.

Eine eigenständige Kommunikation ist also zentral. Dadurch kann die Landeszentrale ihre Agilität beweisen.

Mir hat das geschilderte Vorgehen in Sachsen sehr gut gefallen. Die großen Linien werden selbstverständlich abgesprochen, aber das operative Geschäft wird von der Landeszentrale selbstständig geführt. Sonst kann man nicht agil sein und schnell reagieren. Ich wünsche mir zum Beispiel, dass nach dem Angriff der Hamas sowohl in den Medien informiert wird als auch Materialien für Schulen zur Verfügung gestellt werden. Warum ist das nicht schnell passiert? Man muss schon fragen, was da eigentlich los ist.

Prof. Dr. Thomas Goll (Technische Universität Dortmund): Ich fühle mich hinsichtlich der Themen „Glaubwürdigkeit“ und „Vertrauen“ etwas unwohl, weil damit möglicherweise der Gedanke einhergeht, dass politische Bildung betreibende staatliche Einrichtungen kein Vertrauen genießen. Das Gegenteil ist der Fall.

Laut dem ersten Demokratiebericht im Land ist die Landeszentrale für politische Bildung gut bekannt. Die Hälfte der Befragten – es handelte sich um eine repräsentative Studie – kennt die Landeszentrale. Immerhin 20 % der Befragten nutzen die Angebote. Das ist schon sehr beachtlich. Wenn andere Anbieter von Bildungsangeboten diese Quote hätten, würden sie Hurra schreien. Insofern kann man schon sagen, dass die Landeszentrale wirkmächtig ist, und das funktioniert nur, wenn sie Vertrauen genießt.

Am Anfang der Geschichte der Landeszentrale standen durchaus auch Auseinandersetzungen darüber, wie das Verhältnis von Landeszentrale und Exekutive ausgewogen sein kann. Es gab sogar ein Gerichtsverfahren, in dem es darum ging, dass von der Landeszentrale eine Regierungserklärung als Papier veröffentlicht werden sollte. Das ist bisher nicht mehr passiert.

Insofern sind sich alle an diesem Prozess Beteiligten sehr wohl der Tatsache bewusst, dass eine Landeszentrale nur arbeiten kann, wenn sie dieses Vertrauen genießt. Daher würde ich nicht von Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverlust sprechen, weil das eine Art self-fulfilling prophecy ist.

Die Stärkung der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens, das schon vorhanden ist, muss das Ziel sein. Dazu gehört unter anderem, dass die Landeszentrale institutionell ein höheres Maß an Eigenständigkeit gewinnen kann. Das betrifft die Kommunikation und die Selbstorganisation sicher am meisten.

Damit wären wir bei der Frage nach der Leitung und ihrer Bestellung. Es steht die Fiktion im Raum, es gäbe unpolitische Menschen, die als Experten eine Landeszentrale leiten könnten. Wir alle wissen, dass es solche Menschen nicht geben kann, weil man einen Bezug zur Politik braucht. Man muss sich auch mit den Leuten, die in dem Bereich eine Rolle spielen, vernetzen können, benötigt eine Vorstellung von Verwaltungsstrukturen und -handeln sowie etwas Erfahrung in diesen Bereichen. Dementsprechend kann man da nicht aus einem vollen Feld schöpfen, weil es dieses Feld nicht gibt. Das ist ungefähr so, als wollte man eine Professur besetzen und nähme dafür jemanden fachfremdes. Das ist das Gegenteil von „Glaubwürdigkeit erzielen“.

Je höher die rechtliche Normierung ist, desto schwieriger ist es, sie zu ändern. Man muss sich erst einmal auf breiter Linie auf eine solche gesetzliche Normierung verständigen. Wenn diese erreicht ist, kann keine Regierung einfach Zuständigkeiten auf dem Verordnungsweg ändern. Deshalb ist die institutionelle Absicherung über ein Gesetz am weitreichendsten. Das heißt nicht, dass es die einzige Möglichkeit ist, aber es liegt zumindest nahe, wenn die Sicherung politischer Unabhängigkeit und von Strukturen vorrangiges Ziel ist.

Zu aufsuchender Arbeit und TikTok. Es gibt keinen Königsweg der politischen Bildung. Vielmehr gibt es ein breites Feld an Nachfragerinnen und -fragern und Adressatinnen und Adressaten sowie Adressierten. Man kann nicht von Diversität und Heterogenität der Gesellschaft sprechen und dann behaupten, es gebe den einen Kanal, um die

Gesellschaft zu erreichen. Es muss breit gestreut werden. Das betrifft sowohl die traditionellen Wege – auch die Publikationen der Landeszentrale werden viel nachgefragt und müssen deshalb auf fünf pro Abgabezeitraum kontingentiert werden – als auch die neuen Medien. Alles, was dort möglich ist, muss zumindest ausprobiert werden. Das heißt nicht, dass man der Fiktion, man sei schneller als die Medienentwicklung, aufsitzen sollte. Man wird immer in gewissem Maße reaktiv agieren.

Dafür werden Ressourcen zumindest für die Koordinierung benötigt. Die Bundeszentrale für politische Bildung, also ein großer Player der politischen Bildung, hat dafür eigene Ressorts mit eigenen Abteilungen und einer entsprechenden Ausstattung. Die Bundeszentrale hat zum Beispiel YouTube mit dem Kanal „Abdelkatie“ bespielt. Abdelkarim hat Webvideos dafür erstellt, und es gibt ein didaktisches Programm dazu. So etwas ist interessant, aber auch ressourcenintensiv.

Insofern ist alles, worüber hier gesprochen wird, zunächst strukturell, aufgabengeordnet und ressourcenabhängig.

Dr. Tobias Schmid (Landesanstalt für Medien NRW): Ich komme zunächst auf die Frage von Herrn Wolf zu sprechen, die vor allem auf die Struktur zielt. Das ist für mich ein leicht rutschiges Feld. Ich leite ja eine staatsferne Einrichtung, und das ist schön und in dem Fall auch verfassungsrechtlich geboten.

Ich fühle mich hinsichtlich der Diskussion über die Unabhängigkeit ähnlich unwohl wie mein Vorredner bei der Diskussion über die Glaubwürdigkeit. Es spricht schon sehr viel für Unabhängigkeit, aber Unabhängigkeit an sich ist kein Selbstzweck.

Ich nenne ein einfaches Beispiel. Ich darf meine Arbeit auch im europäischen Kontext machen. Es gibt 26 Schwesterbehörden in Europa. Jedenfalls normativ gesehen sind meine ungarischen Kollegen unabhängig, meine schwedischen Kollegen hingegen eine nachgeordnete Behörde des Wirtschaftsministeriums. Das muss ich nicht weiter ausführen.

Zur Frage der politischen Werbung bzw. der politischen Bildung im Werbekontext. Ich fürchte, einen guten Ausweg gibt es nicht. Die Struktur ist da auch nicht der Ausweg. Jedenfalls meine Kollegen und ich prüfen in aller Regel vor allem, wie der Absender der Werbung finanziert ist. Wenn es staatliche Mittel sind, dann ist es dem Staat zuzuordnen. Das kann man sicher anders machen. Ich komme auf meinen Appell von vorhin zurück: Ich hielte es nicht für eine schlechte Idee, sich einmal mit den gesetzlichen Regelungen zu befassen, weil im Anachronismus agiert wird, wenn davon ausgegangen wird, dass die Medienwelt noch aus Rundfunk bestehe.

Mein Gefühl auch nach dieser interessanten Diskussion hier ist, dass es um die Strukturfrage nach einer strukturellen, grundsätzlichen, stabilen und demokratiesichernden Lösung geht. Außerdem geht es um Effizienz und die Umsetzung.

Dabei muss man zur Kenntnis nehmen, weil es ist, wie es ist, dass bei all den Bemühungen sämtlicher Einrichtungen seit vielen Jahrzehnten nicht behauptet werden kann, die Situation sei besser geworden.

Die Realität bei uns als Medienaufsichtsbehörde sieht so aus, dass die Masse, die Aggressivität und vollkommene Unbedarftheit von Hass, Hetze, Herabsetzung, Antisemitismus und Diskriminierung aus vollkommen harmlosen Bevölkerungsschichten seit dem Überfall der Hamas auf Israel – auch vorher war es schon nicht schön – überläuft. Das ist schon einigermaßen beeindruckend.

Damit komme ich zu einem Punkt, den ich einmal anbringen möchte. Ich habe für alles Verständnis und finde vieles bei der Basisarbeit und all dem, was hier gesagt wird, großartig. Ich bin selbst in diesem System großgeworden. Auf die konkreten Gefährdungslagen muss aber schon noch eine andere Antwort gefunden werden. Das wird nicht damit erledigt sein, dass man sich eine schöne Struktur überlegt, mit der man langfristig an Schülerinnen und Schüler, Bürgerinnen und Bürger herantritt. Man muss auf so etwas schneller, ad hoc Antworten finden. Das kann dafür sprechen, dass neben der Basisarbeit von politischen Bildungsinstitutionen auch überlegt wird, wie diese besser mit anderen Teilen koordiniert werden können.

Damit komme ich zu der Frage nach der aufsuchenden politischen Bildung. Natürlich ist sie wichtig. Ich habe aber eine Bitte: Versuchen Sie, die vorhandenen Institutionen zu nutzen. – Ich werde immer nervös, wenn die nächste Struktur aufgebaut wird. Es gibt Schulen, Volkshochschulen, NGOs, Polizei und den Bildungsapparat insgesamt. Es wäre schön, wenn all das mit einer gewissen Effizienz genutzt würde. Momentan funktioniert das noch nicht so gut. Ich denke, man muss mit den Institutionen zu einem Commitment kommen, damit Botschaften relativ klar ausgesendet werden.

Damit komme ich zur letzten an mich gerichteten Frage, nämlich der danach, wie man mit dem Netz und Influencern umgeht. Influencer einzubinden ist ein Weg, der auch gar nicht so umständlich ist. Wir stellen fest, dass die Tätigkeiten von jüngeren Akteuren im Netz – früher waren es vor allem Influencer, die zum Beispiel Haarspangen angepriesen haben, wofür sie zufälligerweise Geld bekommen haben – sich ändern. Mehr und mehr derjenigen, die im Netz agieren und extrem viele Follower haben, begreifen sich eher als Creator. Das ist sehr nah an dem, was wir früher als journalistische oder halbjournalistische Arbeit einzuordnen gelernt haben. Diese Creator sind einigermaßen strukturiert. Die können das, und sie haben Follower.

Man kann also bei einer Kampagne Influencer nutzen. Das zieht immer und erzeugt Reichweite. Das ist aber kein besonders nachhaltiger Effekt. Nachhaltig wäre, wenn man dasselbe machte, was man auch mit Journalistinnen und Journalisten in den klassischen Medien gemacht hat, nämlich in den Diskurs treten. Meine Empfehlung lautet also, sich mit den Creatoren zu treffen, sie ernst zu nehmen – ohnehin keine schlechte Idee – und mit ihnen in einen Austausch zu treten und sie in die Überlegungen aufzunehmen. Momentan passiert das noch etwas laienhaft. Es wird noch ein bisschen wie BibisBeautyPalace verbucht. So ist das im Netz aber nicht mehr.

Das löst auch in gewissem Maße das angesprochene Problem. Natürlich kann man nicht eine Lösung für einen Kanal finden und dann glauben, indem man etwas für TikTok gefunden habe, habe man das Problem gelöst. Wir als Institutionen sind dafür aber vielleicht auch gar nicht da. Vielleicht müssen wir den Kanal gar nicht finden, sondern mit den Leuten in professionelle Kommunikation treten, die das wiederum können. Früher hat man sich schließlich auch keine Gedanken darüber gemacht, ob

es eine Verbreitung per Satellit oder per UKW-Kabel ist. Damit meine ich, dass an die dort bereits entstehenden professionellen Strukturen angedockt werden sollte.

Stefan Schönfelder (Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung [per Video zugeschaltet]): Herr Wolf fragte nach der Aufteilung von Prävention. Wenn überhaupt in Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention aufgeteilt werden soll, dann ist die Aufgabe politischer Bildung, sich mit der Frage nach dem jeweiligen Auftrag zu befassen. Es kann dann sein, dass man über kontinuierliche Formate an Grundwerten arbeitet oder dass man ad hoc auf Ereignisse reagieren kann. Das kann unter Umständen mit der Polizei, Schulen oder anderen Akteuren zusammen geschehen.

Meine Empfehlung lautet also, zunächst immer zu analysieren, wo man jeweils steht. Am Ende vermittelt politische Bildung immer auch Grundwerte zu einem relevanten Thema – es muss relevant sein, sonst wird das Angebot nicht abgerufen – sowie Motivation, sich am politischen Leben zu beteiligen. Wie ein Thema bearbeitet wird, hängt damit zusammen, auf welchen Grundwerten es beruht, wie die Leute beteiligt sind und ob es auf Augenhöhe ist.

Sie fragten nach der administrativen Einbindung der Landeszentrale bei uns. Um es noch einmal klarzustellen: Ich spreche oft von „wir“, weil ich selbst aus der politischen Bildung komme, und leite ein Referat, das die Dienst- und Fachaufsicht über die Landeszentrale hat. Mein Referat, das auch noch ein paar andere Aufgaben hat, beantwortet natürlich kleine Anfragen. Ich muss die Landeszentrale bitten zuzuarbeiten, wenn es um sie selber oder die bei ihr relevanten Themen geht. Normalerweise handelt sich aber um eine Zuarbeit an uns, und wir bearbeiten die kleinen Anfragen. Insofern ist die Landeszentrale meistens von der administrativen Tätigkeit freigestellt.

Sie fragten nach einer guten Form der Absicherung der Landeszentrale. In Sachsen ist es eine Verwaltungsvorschrift. Das hat den Vorteil, dass man sie ändern kann; das kann auch ein Nachteil sein. Es ist sehr kompakt; so kompakt, wie unsere Verwaltungsvorschrift ist, könnte man auch ein Gesetz daraus machen. Das würde bedeuten, dass sich der Landtag deutlicher dazu bekennen würde und auch die Bedeutung der Landeszentrale etwas höher heben würde. Damit geht natürlich das Problem einher, dass jede Veränderung in das Gesetz geformt werden muss.

Im Rahmen einer solchen Verwaltungsvorschrift oder eines Gesetzes lässt sich natürlich auch klären, wie die Leitung zu besetzen ist. Hat man eine gut funktionierende Kuratoriums- oder Beiratsstruktur, in die der Landtag und Sachverständige eingebunden sind, und besetzt wie bei uns die Ministerin nur im Benehmen mit diesem Kuratorium – oder einem Beirat – die Leitung, hat man eine ganz gute Absicherung, dass die Leitung überparteilich fachlich gut besetzt und nachher vom Team, vom Umfeld gut akzeptiert wird.

Es wurde nach Zielgruppen gefragt. Gemäß meiner Erfahrung sind die Landeszentralen in den staatsnahen Berufsfeldern sehr anerkannt. Wenn der Zugang dort so gut ist, muss man das nutzen. Die Landeszentrale in Sachsen ist stark in den kommunalen Dialogen unterwegs. Das bedeutet, dass sie als fairer Moderator wahrgenommen wird.

Das hat etwas damit zu tun, dass sie eine staatliche Stelle ist und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit über die letzten Jahrzehnte bewiesen hat. Deshalb darf und kann sie sich als Akteur in relativ konfliktreiche Debatten einbringen. Die Landeszentrale hat im letzten Jahr in Kleinstädten zu Demokratie, Extremismus, zur Aufklärung des NSU-Komplexes sehr anstrengende Dialogformate gemacht und ist damit trotzdem sehr erfolgreich, weil sie als fairer, kluger, überparteilicher Moderator wahrgenommen wird. So etwas kann man nicht kaufen, man muss es sich über die Jahre erarbeiten.

Es wurde nach aufsuchender politischer Bildung gefragt. Es ist wichtig, aber die Landeszentrale ist damit überfordert. Eine Landeszentrale kann nicht kontinuierlich im Stadtteil vor Ort sein. Ich gebe Herrn Dr. Schmid recht. Es gibt sehr kleinteilige Strukturen vor Ort. Die Volkshochschulen wurden schon genannt. Es gibt Bibliotheken, die sich als Dritte Orte etablieren. In NRW gibt es ein gutes Förderprogramm zu Dritten Orten. Da müssen Synergien hergestellt werden. Die Rolle der Landeszentrale könnte sein, auf Innovationen und die Qualität der dort geleisteten Arbeit zu schauen. Sie könnte sich als Transmissionsriemen verstehen, der Qualität weitergibt, entwickelt und sichert. Der Direktor unserer Landeszentrale nennt es „Relaisstation“. Diese Rolle kann die Landeszentrale übernehmen, ohne immer vor Ort zu sein.

Diese Qualitätssicherung wird über Tagungen und Vernetzung mit der Zivilgesellschaft umgesetzt. Aus dem Organisationsentwicklungsprozess haben wir gelernt, dass eine eigene Förderrichtlinie der Landeszentrale, die es bei uns bisher nicht gibt, dazu beitragen kann, Vernetzung herzustellen und Innovationen aus der Landschaft abzuhören.

Die Konsequenz lautet, dass eine Einrichtung nicht alles leisten kann. Dafür ist die Demokratie- und Bildungsarbeit zu breit aufgestellt. Wichtig ist, dass man Synergien herstellt und Zusammenarbeit fördert. Daran arbeiten wir.

Hinsichtlich der Influencer empfehle ich – ich weiß, dass die Bundeszentrale das nicht nur macht, sondern auch gründlich und systematisch und evaluiert –, mit der Bundeszentrale zu sprechen. Ich nehme bislang wahr, dass der Austausch zwischen den Landeszentralen und der Bundeszentrale verbessert werden kann, um insbesondere solche methodischen Aspekte zu besprechen und gemeinsam klüger zu werden.

Bettina Levy (Synagogen-Gemeinde Köln): Ich beantworte die Fragen von Herrn Wolf, Herrn Hagemeier und Frau Grothus zusammen. Zur Vernetzung mit der Zivilgesellschaft wurden nun viele Vorschläge gemacht, die mir mit Blick auf den Hinweis auf die Kleinteiligkeit und die vorhandenen Strukturen sehr gefallen. Wir können uns nicht erlauben, die Landeszentrale mit noch mehr Aufgaben zu überlasten.

Die Frage nach der Struktur und ihrer Sichtbarmachung finde ich sehr interessant. Mein Vorschlag lautet: klare Verankerung im Curriculum, weil Lehrer und Lehrerinnen aus meiner Sicht immer noch ein Hauptansprechpartner sind. Wir sprechen immer von den ganz jungen Menschen. Herr Dr. Schmid sagte, es ziehe sich durch alle Gesellschaftsschichten und damit auch durch erstaunlich unauffällige. Das sehe ich ebenso. Bildung muss sich also an alle richten. Die größte und für alle gegebene Erreichbarkeit ist die über die Schulen. Somit ist die Stärkung von Lehrern und Lehrerinnen und eine

Vernetzung über das Curriculum ein wesentlicher, wünschenswerter, erstrebenswerter und bitte zu finanzierender Aspekt.

Die Unabhängigkeit ist wesentlich. Der Ausdruck „Befindlichkeit“ reicht nicht weit genug. Was ist aus Sicht der jüdischen Gemeinschaft in Köln und in NRW nach dem 7. Oktober 2023 hinsichtlich Antisemitismus passiert? Ich danke für diese Frage, weil sie darauf abzielt, zu erfahren, wie es uns als Gemeinschaft geht. Es ist eine schwierig zu beantwortende Frage. „Wir sind nicht okay“ – das ist eines der Schlagwörter, das wir in letzter Zeit oft nutzen. Es geht uns insgesamt nicht gut, auch wenn es einzelnen gut gehen mag. Wir sind täglich Übergriffen ausgesetzt. Es gibt eine Steigerung von antisemitischen Straftaten, Übergriffen und Angriffen – von personenfernen Schmiere-reien bis hin zu nahen, persönlichen tätlichen Angriffen – in Höhe von über 340 % allein von Januar bis heute. Diese Zahl muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, man muss sich das vorstellen.

Um Ihnen ein genaueres Bild zu zeichnen. Stellen Sie sich einfach vor: ein Angriff pro Tag in Köln. Daran wird ganz deutlich, wie wir uns fühlen.

Ich schaue mich einmal ganz demonstrativ hier in der Runde um. Tun Sie dies doch auch einmal und überlegen Sie, ob Sie heute Morgen darüber nachgedacht haben, was Sie anziehen. Haben Sie sich heute Morgen überlegt, was Sie anziehen, ob Sie eine Kippa tragen könnten, wenn Sie es wollten? Haben Sie sich heute Morgen überlegt, ob Sie eine Kette mit einer Symbolik, wie ich sie trage, tragen könnten? Wären Sie bei unserem Jahresempfang in Köln gewesen, hätten Sie eine solche Kette erhalten mit der Aufforderung, sie bitte zu tragen. Hätten Sie diese Kette heute Morgen neben Ihrem Waschbecken gefunden, hätten Sie sich vielleicht gefragt, ob Sie sie heute tragen könnten. Ich frage mich das nicht. Ich trage sie, es ist eine klare unpolitische Aussage, bedeutet „bring them back home“ und bezieht sich auf die Geiseln. Es ist keine Stellungnahme zu der momentan medial weit verfolgten und erschreckenden, schmerzlichen Darstellung von Israel als Aggressor, sondern es ist eine rein unpolitische Aussage. Sie bezieht sich auf die Geiseln in der Hand der Hamas.

Das hat noch nichts mit dem täglichen Antisemitismus zu tun. Es ist das, was zusätzlich dazugekommen ist. Das ist das, was uns täglich neu on top beschäftigt. Daher ist für uns als jüdische Gemeinschaft ein Sicherheitsbedürfnis entstanden und ein Selbstverständnis verlorengegangen. Das kann man sich morgens mit der Kippa oder einer solchen Kette schon vor Augen führen.

Deshalb lautet die Antwort auf die Frage nach einer Stabstelle gegen Extremismus, zur Prävention, nach den Aufgaben einer Landeszentrale für politische Bildung: Wir brauchen das alles. Wir können gar nicht genug davon haben. Dass all das unabhängig sein muss und Glaubwürdigkeit wesentlich ist, sollte für uns alle hier doch überhaupt keine Frage sein. Dazu werde ich mich nicht weitergehend äußern, das haben meine Vorredner schon hervorragend getan. Ich kann nur sagen: Wir brauchen es, wir brauchen alle, die sich sortiert, geordnet gegen Extremismus stellen und für Prävention einsetzen. Außerdem sind im Curriculum verankerte Lehrerfortbildungen nötig – nicht nur als aktualisierte Momentaufnahme nach dem 7. Oktober. Alle, nicht nur wir, brauchen das. Es ist nötig, um unser Demokratieverständnis zu leben, demokratisch zu bleiben

und um unsere Freiheit zu behalten. Das ist also gar kein Appell, sondern eine Grundvoraussetzung hier in NRW und in Deutschland.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Frau Levy, vielen Dank. Ich hoffe, im Namen aller hier sprechen zu dürfen, wenn ich Ihnen und Ihrer Gemeinde weiterhin viel Kraft wünsche. Danke für diese eindringlichen Worte!

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Es gibt keine weiteren Fragen. Ich danke vor allen Dingen den Sachverständigen sehr herzlich für ihr Erscheinen und ihre Mitwirkung an dieser Anhörung.

gez. Klaus Vossemer
Vorsitzender

Anlage

03.05.2024/06.05.2024

**Anhörung von Sachverständigen
des Hauptausschusses****Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!
Anhörung des Hauptausschusses am 18. April 2024**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/7198

am Donnerstag, dem 18. April 2024
10.00 Uhr bis (max.) 13.00 Uhr, E3 A02, Livestream**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Geschäftsführer der „GSI Gustav Stresemann Stiftung“ und Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für politische Bildung Wilfried Klein Bonn	Wilfried Klein	18/1400
Landesverband der Volkshochschulen von NRW e.V. Celia Sokolowsky Vorstandsvorsitzende Düsseldorf	Celia Sokolowsky	18/1415
Direktorin und Leiterin der Abteilung 3 Demokratisches Engagement (Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg) Sibylle Thelen Stuttgart	Sibylle Thelen <i>(Zuschaltung Videokonferenz)</i>	18/1404
Maria Springberg-Eich ehemalige Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW	Maria Springberg-Eich	18/1422

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeshauptstadt Kiel Dezernat für Bildung, Jugend, Kultur Annette Wiese-Krukowska Kiel		
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften Professor Dr. Christoph Brüning CAU Kiel	<i>keine Teilnahme</i>	Hinweis auf Kurzbeitrag (JZ 21/2010): „Die Zentralen für politische Bildung im Gefüge der Staatsgewalten“
Lehrstuhl für integrative Fachdidaktik Sachunterricht und Sozialwissenschaften TU Professor Dr. Thomas Goll Dortmund	Professor Dr. Thomas Goll	18/1359
Universität Bielefeld Professor Dr. Andreas Zick Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) und der Konfliktakademie (ConflictA) Bielefeld		
Direktor der Landesanstalt für Medien NRW Dr. Tobias Schmid Düsseldorf	Dr. Tobias Schmid Lisa Buschmann	18/1407
Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) Stefan Schönfelder Dresden	Stefan Schönfelder <i>(Zuschaltung Videokonferenz)</i>	18/1428
Bettina Levy Mitglied des Vorstandes Synagogen-Gemeinde Köln Köln	Bettina Levy	18/1405